

Áron Buzogány\*

## Die Republik Moldau ein Jahr nach dem Wahlsieg der Kommunisten

### 1. Einleitung

Als in der Republik Moldau vor einem Jahr die Kommunistische Partei (Partidul Comunistilor din Republica Moldova – PCRM) mit überwältigender Mehrheit die Wahlen gewann, erhofften sich viele ihrer Wähler, daß damit endlich eine Stabilisierung des von langen politischen und wirtschaftlichen Krisen geplagten Landes einhergehen würde. In einem stark populistisch getönten Wahlkampf rief die PCRM erfolgreich die Nostalgie der Bevölkerung an die Sowjetzeit wach, als die Republik Moldau noch als eine der wohlhabendsten Republiken der Sowjetunion galt. Grund des erdrutschartigen Wahlsieges der PCRM war aber weniger die versprochene außenpolitische Wiederannäherung an Rußland – sogar eine Mitgliedschaft in der Russisch-Belarussischen Union wurde erwogen – ,sondern die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den seit der Unabhängigkeit regierenden, höchst instabilen Parteienkoalitionen. Keine dieser Regierungen war in der Lage, das Land auf einen eindeutigen Reformkurs zu bringen und die Verelendung immer größerer Teile der Bevölkerung aufzuhalten. Die enttäuschten Wähler ließen sich nicht von der reformfeindlichen Rhetorik der PCRM abschrecken und wählten – erstmals im post-sowjetischen Raum – eine orthodoxe Kommunistische Partei an die Macht.<sup>1</sup>

Während die Annäherung an Rußland und die Russifizierung vorangetrieben wurden, hat sich nun nach einem Jahr kommunistischer Regierung die sozioökonomische Lage in der Republik Moldau kaum merklich verbessert. In dieser ohnehin explosiven Situation wurde die Entscheidung der Regierung, den Russischunterricht als Pflichtfach einzuführen und die russische Sprache zur zweiten Amtssprache aufzuwerten, sowie das Lehrfach "Geschichte der Rumänen" durch die "Geschichte der Moldau" zu ersetzen, zum Auslöser von vehementen Protesten unter der mehrheitlich rumänischsprachigen Bevölkerung.<sup>2</sup> Seit Anfang Januar 2002 wurde das Land von der größten Protestwelle seit der Unabhängigkeit des Landes heimgesucht. Unter dem Druck der Straße mußte die Regierung die Ausführung ihrer Pläne bald fallen lassen oder *sine die* verschieben. Doch die von der kleinen parlamentarischen Opposition angeführten Proteste wurden im Laufe der Zeit auf weitreichendere Forderungen, wie dem sofortigen Rücktritt der Re-

---

\* Áron Buzogány, Student der Politischen Wissenschaft, Karl-Eberhards Universität Tübingen

<sup>1</sup> Moldova's Red Revival. The old days weren't so bad. In: *Newsweek*, 07.05.2001.

<sup>2</sup> Russisch wollen die meisten Moldavier nicht mehr sprechen. In: *FAZ*, 26.02.02.

gierung und des Präsidenten Woronin, der sofortigen Auflösung des Parlamentes, Ausschreibung von Neuwahlen und der einseitigen Aufkündigung des Grundlagenvertrages mit der Russischen Föderation, ausgeweitet.

Erst nach 101 Tagen fand der Protestmarathon – durch die tatkräftige Vermittlung des Europarates – ein vorläufiges Ende. Die Heftigkeit der Proteste verdeutlicht sehr prägnant, daß es während des ersten Jahres unter kommunistischer Regierung zur Wiederbelebung alter Konflikte kam. Vielfach handelt es sich allerdings um Probleme, die das kleine multiethnische Land seit seiner Unabhängigkeit bedrängen und somit nicht durch die PCRM allein verschuldet sind.<sup>3</sup> In den vergangenen 11 Jahren ist die ehemals zweitkleinste Sowjetrepublik zum vielleicht traurigsten Beispiel mißglückter post-kommunistischer Systemtransformation geworden. Das Scheitern auf allen Ebenen des gleichzeitigen Transformationsprozesses<sup>4</sup> – Schaffung und Aufrechterhaltung demokratischer Institutionen, Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft, nationalstaatliche Konsolidierung mit gleichzeitiger Berücksichtigung der Rechte ethnischer Minderheiten sowie Schaffung einer auch außenpolitisch stabilen Lage – führte zu dieser insgesamt wenig ermunternden Situation.

Gegen Ende des ersten postsowjetischen Jahrzehntes kann man bei den meisten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine klare Richtung der Konsolidierung politischer Systeme erkennen. In einigen Fällen verlief diese Entwicklung eindeutig positiv und führte zu einer erfolgreichen demokratischen Konsolidierung (baltische Staaten). In anderen Fällen jedoch – und hierbei handelt es sich um die Mehrzahl postsowjetischer Staaten – kam es zur Konsolidierung und Stabilisierung mehr oder weniger autoritärer Systeme (zentralasiatische Staaten, Belarus). Zu welcher Gruppe die Republik Moldau gehört, ist bisher ungewiß. In den zehn Jahren seit der Unabhängigkeit konnte die Wende zu einem autoritären System verhindert werden. Allerdings führte die Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung zu der zunehmenden Diskreditierung der Demokratie.

Nach einem Jahr kommunistischer Regierung wird hier danach gefragt, welche Entwicklung der Prozeß der demokratischen Konsolidierung in der Republik Moldau genommen hat. Droht nach dem Sieg der PCRM eine "Belarussisierung" der Republik Moldau? Um diese Frage zu beantworten wird auf die Lage der demokratischen Institutionen, die Entwicklungen im Bereich der Wirtschaftspolitik und der Ethnopolitik sowie der außenpolitischen Dependenz eingegangen.

## 2. Der Weg zum Wahlsieg der PCRM

Anfang der neunziger Jahre galt für viele Beobachter die Republik Moldau noch als eine der wenigen Erfolgsgeschichten demokratischer Transformation im post-

<sup>3</sup> Der Europarat vermittelt in der Moldau. In: *NZZ*, 02.05.2002.

<sup>4</sup> Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa. In: *Merkur*, 45 (1991) 4, S. 279-292.

sowjetischem Raum.<sup>5</sup> Im Gegensatz zu den immer offensichtlicher werdenden autokratischen Tendenzen in anderen GUS Staaten konnte man hier das Entstehen einer pluralistischen Demokratie – mit regelmäßig stattfindenden freien und fairen Wahlen sowie einem starken Parlament – beobachten. Allerdings gehörte auch politische Instabilität seit den Anfängen der Unabhängigkeit zur Normalität des politischen Alltags. Da die Wählerschaft entlang vielfältiger – sowohl ideologischer, als auch ethnischer – Trennlinien gespalten ist, haben sich vor allem auf der rechten Seite des Parteienspektrums keine stabilen Parteien herausbilden können. Auch die hochgradig personalisierte, fragmentierte und durch fehlende politische Kompromißbereitschaft charakterisierte Parteienstruktur trug wesentlich zur Entstehung und Verschärfung der politischen Krise bei. Bedingt durch die Unfähigkeit stabile Regierungen zu bilden, kam es Ende der Neunziger zu einem völligen Stillstand der Reformen und dem Ausbleiben ausländischer Kredite, die das Land dringend benötigt hätte.<sup>6</sup>

Um einen Ausweg aus der Krise zu finden, versuchte im Jahr 2000 der damalige Präsident Petru Lucinschi eine tiefgreifende Änderung des gesamten Staatsaufbaus durchzuführen. Ziel seiner Bemühungen war – nach dem Beispiel anderer GUS Länder – die Stärkung der Präsidentschaft und die Einschränkung der Rechte des Parlaments. Nach einer monatelangen Verfassungskrise hatte sich allerdings die parlamentarische Basis des zunehmend autoritär handelnden Luchinchis auf nur fünf Abgeordnete reduziert. Das Parlament beschloß in kaum vorher zu sehendem Einvernehmen eine Verfassungsänderung, welche die Macht des Präsidenten stark einschränken und das Regierungssystem der Moldau – als einzigem Staat im post-sowjetischem Raum – in eine parlamentarische Demokratie verwandeln sollte.<sup>7</sup>

Anfang 2001 endete die Amtszeit Lucinschis, und es war nun die Aufgabe des Parlaments seinen Nachfolger zu bestimmen. In den zwischen dem 1. und 21. Dezember 2000 abgehaltenen vier Wahlgängen schaffte es jedoch keiner der Kandidaten – der Vorsitzende der PCRM Vladimir Woronin und sein zentristischer Gegner Pawel Bărbălat, der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes – die notwendigen 61 Stimmen auf sich zu vereinen. Daraufhin löste Präsident Lucinschi – gemäß der 1994 verabschiedeten Verfassung – das Parlament auf und kündigte Neuwahlen an.<sup>8</sup>

In einem kurzen, aber stark populistisch getönten Wahlkampf konnte die PCRM – welche bereits seit 1998 die größte Fraktion im Parlament bildete – erfolgreich den sowjetnostalgischen Teil der Bevölkerung ansprechen. Allerdings

---

<sup>5</sup> King, Charles: Moldova. In: Karatnycky, Adrian; Alexander Motyl; Amanda Schnetzer (eds.): *Nations in Transit 2001*. Civil Society, Democracy and Markets in East Central Europe and the Newly Independent States. New York: Freedom House 2001, S. 270-280, hier S. 274;

[http://www.freedomhouse.org/pdf\\_docs/research/nitransit/2001/00\\_report](http://www.freedomhouse.org/pdf_docs/research/nitransit/2001/00_report).

<sup>6</sup> Constantinescu, Maria: Wahlen in Moldova: Stabilität oder Restauration? In: *Wostok Newsletter*, (2001) 2, S. 33.

<sup>7</sup> King (Anm. 5).

<sup>8</sup> Präsidentenwahl in der Moldau gescheitert. In: *NZZ*, 02.12.2000.

trugen viele Äußerungen leitender Kommunisten dazu bei, Ängste auszulösen. So bezeichnete der Vorsitzende der PCRM, Vladimir Woronin – ein ethnischer Russe – das Symbol der moldauischen Eigenstaatlichkeit, die Nationalfahne (den Tricolor), als "faschistisch" und löste damit Entsetzen in Teilen der mehrheitlich rumänischsprachigen Bevölkerung aus. Mehrere Äußerungen seiner Parteigenossen deuteten darauf hin, daß mit dem Sieg der PCRM eine deutliche Hinwendung zu Rußland erfolgen würde. Angekündigte Ziele waren die Einführung der russischen Sprache als zweite Amtssprache und die Eingliederung der Moldau in die Russisch – Belarussische Union. Weitere Versprechen betrafen die Verdoppelung der Löhne und Renten, die Ablehnung und Rückgängigmachung der Privatisierung in mehreren Schlüsselbereichen und die Wiederherstellung der Einheit des Landes, welche durch den Konflikt mit der abtrünnigen Region Transnistrien seit einem Jahrzehnt schwer beschädigt ist.

Die vorgezogenen Wahlen am 25. Februar 2001 brachten den Sieg der Kommunistischen Partei der Moldau. In den von der OSZE als "frei und fair" bezeichneten Wahlen erhielt die PCRM – bei einer Wahlbeteiligung von 61% – mit 51,7% der Stimmen 71 der 101 Parlamentssitze.<sup>9</sup> Damit verfügt die PCRM – dank des große Parteien überproportional begünstigenden Wahlsystems – nicht nur über die für die Präsidentenwahl nötigen drei Fünftel der Stimmen (61 Stimmen), sondern auch über die für eine Verfassungsänderung benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit (68 Stimmen). Mit der PCRM wurde das erste Mal in Osteuropa eine unreformierte kommunistische Partei durch demokratische Wahlen an die Macht gebracht.

Außer der PCRM schafften nur zwei weitere Parteien den Sprung ins Parlament. Die links-zentristische "Alianța Brașov" des amtierenden Ministerpräsidenten Dumitru Brașov erhielt mit 13,45 Prozent der Stimmen 19 Mandate. Auf Platz drei kam die aus der Nationalen Front entstandene, vehement anti-kommunistische, pro-rumänische Christlich-Demokratische Volkspartei (Partidul Popular Creștin-Democrat – PPCD) unter der Leitung von Iurie Roșca. Sie erhielt mit 8,24% der Stimmen 11 Plätze im Parlament.<sup>10</sup> Fast ein Drittel der Stimmen wurden für die traditionell zersplitterten und sich gegenseitig aufs Schärfste bekämpfenden kleineren Parteien des rechten Spektrums abgegeben, welche es nicht über die 6%-Hürde schafften. Überraschenderweise fielen darunter auch die "Partei der Wiedergeburt und Eintracht" des ersten Präsidenten Mircea Snegur und die Demokratische Partei des Parlamentsvorsitzenden Dumitru Diacov, die nur 5,69 beziehungsweise 4,92 Prozent der Stimmen erhielten.

Nach den Wahlen gab sich die sichtlich nicht auf eine Alleinregierung eingestellte PCRM – gemessen an ihrer Wahlkampfrhetorik – geradezu moderat. Man lud alle politischen Kräfte ein, sich an der Behebung des Reformstaus zu beteiligen. Vor allem frühere wirtschaftspolitische Aussagen wurden schnell relativiert,

<sup>9</sup> OSCE: International Election Observation Mission Republic of Moldova Elections to the Parliament, 25 February 2001, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, <[http://www.osce.org/odihr/documents/reports/election\\_reports/md/mo2001eps.pdf](http://www.osce.org/odihr/documents/reports/election_reports/md/mo2001eps.pdf)>.

<sup>10</sup> Definitive Results of Parliamentary Elections in Moldova. In: Moldova Azi, 03.03.2001; <<http://www.azi.md/news?ID=1270>>.

und der Zusammenarbeit mit dem ehemals vehement kritisierten IWF wurden doch noch Chancen eingeräumt. Auf eine gewisse Kontinuität und das Fehlen geeigneter Fachleute deutete auch, daß wichtige Kabinettsposten durch Mitglieder der Bragiş-Regierung besetzt blieben.

Am 6. April wählte das nun von der PCRM dominierte Parlament im ersten Wahlgang den Kommunisten Vladimir Woronin zum dritten Präsidenten der Republik Moldau.

### **3. Zur Lage der demokratischen Institutionen**

Seit dem Wahlsieg der PCRM kam es in diesem Bereich zu zwei grundlegenden Entwicklungen. Erstens, deutet einiges darauf hin, daß die PCRM systematisch eine Aushöhlung demokratischer Institutionen betreibt. Zeichen dieser Entwicklung ist die zunehmende Stärkung der Rolle des Präsidenten, die Rezentralisierung und der steigende Druck auf die unabhängigen Medien. Zweitens, erfolgte parallel dazu eine Verlagerung der politischen Konflikte aus dem Parlament auf die Straße. Grund hierfür ist die sehr schwache Stellung der Opposition im Parlament, die in der Mobilisierung der Massen die einzige Möglichkeit sieht, in das politische Geschehen einzugreifen. Dies wurde besonders während der Proteste des Jahres 2002 deutlich.

#### **3.1 Präsidialisierung des parlamentarischen Systems**

Paradoxerweise verfügt der nun vom Parlament gewählte Präsident Woronin trotz der Verfassungsänderung und der daraus folgenden Einschränkung der Präsidialmacht über soviel Macht wie kein moldauischer Präsident zuvor.<sup>11</sup> Während seine Vorgänger stets Rücksicht auf die unsicheren und schnell wechselnden Mehrheitsverhältnisse im Parlament nehmen mußten, besitzt Woronin aufgrund der starken kommunistischen Mehrheit im Parlament eine unvergleichlich stärkere Position. Parallel zum Präsidentenamt behielt er seinen Posten als Vorsitzender der streng hierarchisch organisierten kommunistischen Partei, die im Parlament äußerst diszipliniert auftritt. Auch die Verdoppelung der Präsidialadministration zeugt von einer – im Gegensatz zu den Intentionen der Verfassungsänderung stehenden – Aufwertung der Exekutive.<sup>12</sup> Im institutionellen Gefüge gilt die Position des Ministerpräsidenten im Vergleich zum Präsidenten als schwach.<sup>13</sup> Obwohl die Verfassung dies nicht vorschreibt (aber auch nicht verbietet), bestimmt der Präsident die Besetzung der Kabinettsposten. Mit der Ernennung des Parteilosen Vasile Tärlev zum Ministerpräsidenten suchte Präsident Woronin die Entstehung ei-

<sup>11</sup> Siehe dazu Roper, Steve: From Semi-Presidentialism to Parliamentarism: Constitutional Change in Post-Soviet Moldova. Paper presented at the 2001 Annual Meeting of the APSA, San Francisco, August 30-September 2, 2001, <<http://pro.harvard.edu/abstracts/023/023012RoperSteve.htm>>.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> Neukirch, Claus: Moldovan Headaches. The Republik of Moldova 120 days after the 2001 Parliamentary Elections. Centre for OSCE Research, Working Paper 3, Hamburg 2001, S. 10; <[http://www.core-hamburg.de/documents/15\\_Wp3.pdf](http://www.core-hamburg.de/documents/15_Wp3.pdf)>.

nes zweiten Machtzentrums zu vermeiden. Richtungskämpfe zwischen Präsident und Ministerpräsident hatten in den vergangenen zehn Jahren maßgeblich zur politischen Instabilität beigetragen.

Eine weitere Gefahr für die demokratische Entwicklung in der RM nach den Wahlen in Februar 2001 wurde in der überragenden Stärke der PCRM im Parlament gesehen, welche jegliche Art von politischem Dialog überflüssig machte und infolge derer die Partei durch keine demokratischen Mittel effektiv daran zu hindern war, ihre Wahlversprechen umzusetzen.<sup>14</sup> Die vom Präsidenten angekündigten Reformen sind zwar nicht als eindeutig anti-demokratisch anzusehen. Doch die von den Reformen des russischen Präsidenten Putin inspirierte Ankündigung einer "Diktatur des Gesetzes" und die Aussage, daß Demokratie und Menschenrechte nicht viel zu bedeuten hätten, wenn es um das – selbst ausgelegte – "Wohl des Volkes" geht, kündigten eine weitere Stärkung der Rezentralisierungsbemühungen, den Ausbau der "Machtvertikale" und die Schwächung der subsidiären Machtverteilung an.<sup>15</sup> Durch die Änderung der Machtverhältnisse im Parlament wurde eine Situation ermöglicht, welche letztendlich große Ähnlichkeiten mit der von Lucinschi beabsichtigten Verfassungsänderung aufweist und der in anderen GUS Länder ebenfalls beobachtbaren Tendenz zur Stärkung der Präsidentsialmacht zu Lasten der Legislative entspricht.

### 3.2 Reform der Reform: Die Gebietseinteilung

Viel kritisiert wurde das Gesetz über die Gebietsreform, welches das PCRM dominierte Parlament im Januar 2002 verabschiedete. Darin wurde die 1998 von der Mitte-Rechts Regierung beschlossene neue territoriale Einteilung in 11 Kreise (*judete*) wieder aufgehoben und durch die 31 alten sowjetischen Rayons und zwei autonome Regionen ersetzt.<sup>16</sup> Weitere Änderungen betrafen die Organisation der örtlichen Selbstverwaltungen. Als Folge des Gesetzes entfällt die direkte Wahl des Bürgermeisters in den Kommunen, diese werden künftig von Gemeinderäten gewählt. Die Vorsteher der territorialen Untereinheiten (Rayon) werden direkt durch den Präsidenten ernannt. Im Gegensatz zur früheren dezentralen Handhabung haben diese Vertreter des Präsidenten nun auch die Haushaltshoheit über die lokalen Selbstverwaltungen. Durch diese Gesetzesänderung nimmt der Einfluß der Zentralregierung auf die lokalen Selbstverwaltungen wieder stark zu.<sup>17</sup>

In einem Versuch, den Einfluß der neuen Regierung so schnell wie möglich auch auf der lokalen Ebene zu konsolidieren, kündigte Präsident Woronin nach der Verabschiedung des Gesetzes in den neu konstituierten Territorialeinheiten neue Lokalwahlen im April 2002 an. Die vorzeitige Ablösung der Gemeinderäte

<sup>14</sup> A.a.O., S. 12.

<sup>15</sup> Präsidentenwahl in der Moldau gescheitert. In: NZZ, 02.12.2000; Constitutional Watch: Moldova. In: East European Constitutional Review, 10 (2001) 2/3; <[http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num2\\_3/constitutionwatch/moldova.html](http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num2_3/constitutionwatch/moldova.html)>.

<sup>16</sup> Prihodko, Natalija: V Moldavii zatevajut novyj territorialnyj peredel [In der Moldau wird eine territoriale Neugliederung initiiert]. In: *Nezavisimaja Gazeta*, 10.12.2001.

<sup>17</sup> Constitutional Watch: Moldova. In: East European Constitutional Review, 10 (2001) 4, <<http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num4/constitutionwatch/moldova.html>>.

und Bürgermeister, die erst seit 1999 in Amt sind, wurde von den Berichterstat-tern des Europarats jedoch als undemokratisch bezeichnet. Das Verfassungsge-richt hob die Entscheidung des Präsidenten auf. Laut Verfassung besitzt allein das Parlament das Recht, Wahltermine festzuschreiben.

### **3.3 Einschränkung der Medienfreiheit**

Seit dem Machtwechsel, vor allem aber seit dem Anfang regierungskritischer Pro-teste im Januar 2002 hat der Druck auf die Medien stark zugenommen. Diese Entwicklung manifestiert sich vor allem in den Bemühungen der Regierung, die öffentlichen Medien stärker unter ihre Kontrolle zu bringen. Da die unabhängigen Printmedien stark auf die Hauptstadt konzentriert sind und nur eine relativ kleine Auflage erreichen, ist es den Oppositionsparteien kaum möglich, ihre Zielsetzun-gen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bereits kurze Zeit nach den Wahlen wurde deutlich, wie die PCRM mit den ihr nicht geneigten Medien umgehen wird. Kritischen Publikationen wie *Flux*, *Țara*, *Jurnalul de Chișinău* und *Trud-Moldova* wurde die offizielle Akkreditie-rung bei der Amtseinführung Woronins mit der Begründung verweigert, sie wür-den "bourgeoise" Kräfte vertreten. Ein deutlicherer Schlag gegen die Pressefrei-heit war das Mitte Juli 2001 verabschiedete neue Pressegesetz, welches die aus-ländische Finanzierung der moldauischen Presse verbietet. Laut PCRM sollte damit der ausländische Einfluß vermindert werden, viele vermuten aber dahinter einen Schlag gegen die oppositionellen Medien, die mit der staatlich subventio-nierten Presse nur schwer konkurrieren können.<sup>18</sup>

Die staatliche Mediengesellschaft "*Teleradio Moldova*" geriet nach dem Wahlsieg der PCRM besonders stark unter Druck. Diese gilt neben den Ablegern russischer Fernsehstationen als das wichtigste Medium in der Republik. In kurzer Zeit wurden alle kritischen Sendungen vom Bildschirm verbannt und der Sender wurde immer mehr zur reinen Propagandamaschine der Regierung. Um gegen diese Entwicklungen zu protestieren, traten am 27. Februar 500 Journalisten der Mediengesellschaft in Streik.<sup>19</sup> Sie beklagten, der Sender führe eine interne Tabu-liste über Themen, welche in den öffentlichen Medien nicht angesprochen werden dürfen. Kritik an der Regierung oder an den Beziehungen zu Rußland gehören ebenso dazu wie die Erwähnung der sprachlichen und historischen Verwandt-schaft zu Rumänien. Bei dem Streik wurden mehrere Journalisten entlassen und am ersten Tag des Streiks griff das Sonderkommando "Fulger" (Blitz) des Innen-ministeriums ein.

Daß die Regierung unabhängig von politischer Einstellung alle kritischen Meinungen abzuwürgen versucht, zeigt der Fall der russischsprachigen Zeitung

---

<sup>18</sup> Committee to Protect Journalists: Moldova Report 2001, [www.cpj.org/attacks01/europe01/moldova.html](http://www.cpj.org/attacks01/europe01/moldova.html), 31.05.02

<sup>19</sup> Gârneț, Vasile et al.: Pentru Democratizarea și Demonopolizarea Televiziunii de Stat din Republica Moldova [Für die Demokratisierung und Demonopolisierung des Staat-lichen Fernsehens der Republik Moldau]. In: *Contrafort*, (2002) 1-3; [www.contrafort.md/2002/87-98/267.html](http://www.contrafort.md/2002/87-98/267.html).

"*Kommersant Moldowy*" und der Sendung "*Mosty*". Die erste wurde verboten, weil sie des öfteren mit dem sezeptionistischen Transnistrien sympathisierende Materialien publiziert hatte. Das gleiche Schicksal traf auch die bekannte kritische Fernsehsendung "*Mosty*" des früheren Beraters von Präsident Luchinschi, Oazu Nantoi, dessen Sendung anscheinend zu kritisch über das transnistrische Regime berichtete – und dabei auf die symbiotische Beziehungen zwischen transnistrischen Schmugglern und ihren Chişinău-Partnern hinwies.<sup>20</sup>

### 3.4 Der Protestmarathon 2002

Ab dem 9. Januar 2002 fanden auf dem zentralen Platz Chişinăus Proteste gegen die Re-Russifizierung des Schulwesens und die Wiedereinführung des Russischen als zweite offizielle Sprache statt. Angeführt wurden die Proteste von der oppositionellen PPCD, die sich angesichts ihrer schwachen Stellung im Parlament dazu veranlaßt sah, den Protest auf die Straße zu tragen. Weitere, außerparlamentarische Gruppen aus dem prorumänischen, prowestlichen Spektrum kamen hinzu. Insgesamt wurde der Protest größtenteils durch die junge, rumänischsprachige Bevölkerung getragen, die ihre Ausbildung in den letzten zehn Jahren bereits in rumänischsprachigen Bildungseinrichtungen erhalten hatte und traditionell europäisch orientiert ist. Von einer Hinwendung zu Rußland kann sich gerade dieser Teil der Bevölkerung nicht viel erhoffen.

Die Opposition kritisierte, daß diese Entscheidungen zur Re-Russifizierung der Gesellschaft intransparent und unter Mißachtung der Meinung der rumänischsprachigen Bevölkerungsmehrheit getroffen wurden.<sup>21</sup> Es wurde darauf hingewiesen, daß die Entscheidung der Regierung, den obligatorischen Russischunterricht einzuführen, mehrfach die Verfassung des Landes verletzt.<sup>22</sup>

Da die Proteste offiziell nicht zugelassen wurden, fanden sie als "Treffen mit den Wählern" der oppositionellen Christlich Demokratischen Volkspartei (Partidul Popular Creştin Democrat – PPCD) statt, wofür laut Verfassung keine Erlaubnis der Behörden nötig ist. Bereits hier wurde deutlich, daß die Führer der PPCD in der Lage sind, durch gekonnte Medialisierung der Proteste diese lange am Laufen zu halten. Bei den Demonstrationen wurden bewußt Erinnerungen an die antikommunistischen, prorumänischen Proteste der Unabhängigkeitsbewegung Ende der achtziger Jahre wachgerufen, als riesige Massendemonstrationen ihren Teil zum Fall des kommunistischen Systems beitrugen. Als neues Element kam diesmal die "Europäisierung" der Proteste hinzu. Die Appelle der Opposition an verschiedene europäische Institutionen, die Berufung auf europäische Normen und Symbole festigten unter ihren Sympathisanten das Bild der PPCD als moderne, westgewandte Partei der "wahren Europäer".

<sup>20</sup> Negru, Nicolae: Mass-Media din Republica Moldova [Massenmedien in der Republik Moldau], <<http://www.ipp.md/Events/prezNEGRU.doc>>, 28.05.02.

<sup>21</sup> Staatsdirigismus, Russifizierung und schwere Zeiten für die Opposition. In: FAZ, 05.02.2002

<sup>22</sup> So Artikel 35 der Moldauischen Verfassung, (Freie Wahl der Sprache der Ausbildung) und Artikel 60 (Das Recht der Eltern, die Bildungssprache für ihre Kinder zu wählen).

Die Regierung bezeichnete die Demonstrationen als illegal und versuchte sie mit Hinweis auf die beteiligten Minderjährigen zu verbieten. Insgesamt sprechen Beobachter von einer unverhältnismäßigen (Über-)Reaktion der Regierung auf die Proteste, die durch den Rückgriff der Behörden auf autoritär wirkenden Maßnahmen das weitere Anwachsen der anti-kommunistischen Protestbewegung provozierte. So verfügte Präsident Woronin am 14. Januar eine Verwarnung der PPCD, wenige Tage später beschloß Justizminister Ion Morea ein "Verbot" der Partei "auf Zeit" auszusprechen. Während des Parteiverbots hatte die Partei keinen Zugang zu ihren finanziellen Ressourcen und durfte in der Öffentlichkeit, z. B. durch Organisation von Protesten oder Verteilung von Informationsmaterial, nicht agieren. Dieses Verbot sollte als "Vorwarnung" zunächst für einen Monat verhängt werden, mit der Aussicht die Dauer der Maßnahme auf ein Jahr auszuweiten. Am 25. Januar 2002 stimmte das Parlament für eine Aufhebung der parlamentarischen Immunität und die Anklage von drei Führungspersonlichkeiten der PPCD. Nachdem ihnen das Recht verweigert worden war, vor dem Parlament zu sprechen, wurden sie am 7. Februar vorläufig festgenommen. Präsident Woronin beschuldigte die Demonstranten abwechselnd vom "imperialistischem" Westen, von Führern der abtrünnigen Region Transnistrien oder von Rumänien finanziert zu sein.

Die nervösen und intoleranten Reaktionen auf die Proteste ließen im In- und Ausland massive Kritik an der PCRМ und dem Präsidenten laut werden, die der Rückkehr zu autoritären Methoden beschuldigt wurden. Die Kritik am Vorgehen der Behörden seitens europäischer Organisationen und die Intervention der Beobachter des Europarates verklangen nicht unerhört und führten letztlich zur Rücknahme einiger Entscheidungen. So nahm das Justizministerium am 8. Februar das Parteiverbot der PPCD zurück. Die Regierung beschloß am 21. Februar, die Durchführung der Maßnahmen, die zu den Protesten geführt hatten, d.h. die Einführung des obligatorischen Russischunterrichts sowie des neuen Geschichtsunterrichts, zunächst für drei Monate auszusetzen.

Allerdings vermochten diese Entscheidungen nicht mehr die Proteste aufzuhalten, die immer mehr Eigendynamik entwickelten. Bei der Großen Volksversammlung am 31. März rief der zum unangefochtenen Führer der Proteste gewordene Vorsitzende der PPCD, Iurie Roşca, zum zivilen Ungehorsam gegen die kommunistische Macht auf und forderte den sofortigen Rücktritt des Präsidenten und die Auflösung des Parlamentes. Die ultimativ gestellten Forderungen der PPCD, die jeden Dialog mit der PCRМ ablehnte, führten zu einer weiteren Verhärtung der Fronten. Einen weiteren Höhepunkt erreichten die Proteste nach dem mysteriösen Verschwinden eines der angeklagten Parlamentarier der PPCD, Vlad Cubreacovs am 21. März. Diese an stalinistische Säuberungen erinnernde Maßnahme, welche in anderen GUS-Staaten nicht selten den politischen Umgang mit der Opposition kennzeichnet, schockierte die moldauische Gesellschaft.<sup>23</sup> Die Regierung und die oppositionelle PPCD, deren Vizepräsident Cubreacov ist, be-

---

<sup>23</sup> Wachsende Spannung in der Moldau. In: *FAZ*, 28.03.02.

schuldigten sich gegenseitig – ohne allerdings Beweise zu liefern –, man habe den als Hauptorganisator der Proteste geltenden Politiker verschwinden lassen.<sup>24</sup>

### 3.5 Ein neues Tauwetter?

Nachdem die Parlamentarische Versammlung des Europarates am 24. April in einer Resolution zur Lage in der Republik Moldau die PCRМ stark kritisiert und zur Lösung der Krise durch den Dialog zwischen den verfeindeten Seiten aufgerufen hatte, kam es zu einer erstaunlich schnellen Deeskalation des Konfliktes.<sup>25</sup> Mehrere Faktoren begünstigten das unerwartete Einlenken der Konfliktparteien. Die Kompromißbereitschaft der Regierung muß vor dem Hintergrund der dramatischen wirtschaftlichen Situation des Landes gesehen werden. Die drohende Zahlungsunfähigkeit kann nur durch ausländische Kredite vermieden werden. Die zunehmend kritischen Stimmen aus dem Ausland hätten die geringen Chancen für den Erhalt von Krediten nur weiter geschmälert.

Die Opposition hingegen hatte immer mehr mit einem Abbeben der Proteste zu kämpfen und mußte erkennen, daß ihr Mobilisierungspotential doch ziemlich begrenzt ist. Der Aufruf zum Dialog des Europarates bot der PPCD eine gute Möglichkeit, sich mit einem moralischen Erfolg zurückzuziehen. Auf Seiten der Regierung war der Wille zu einer Konfliktdeeskalation spätestens bei der Rücknahme der kritisierten Entscheidungen Ende Februar deutlich. Angesichts der nicht kompromißbereiten Opposition, war die Spirale der Konfrontationen jedoch nur durch außenstehende Vermittler möglich.

Auch verdeutlichen die Proteste die inkompatible politische Kultur der zwei Seiten, die aus der unterschiedlichen politischen Sozialisation herrührt. Was die PCRМ betrifft, so scheinen einige ihrer Verhaltensmuster noch aus der Sowjetzeit zu stammen. So hatte sie große Schwierigkeiten, mit der unterlegenen Minderheit im Parlament umzugehen und war selber erstaunt, daß ihre unsensible Art des Vorgehens in Bezug auf Sprache und Geschichte von der Opposition sehr erfolgreich zur Mobilisierung genutzt werden konnte. Zumindest in der ersten Phase der Proteste war eine gewisse Schwerfälligkeit beim Umgang mit der neu gewonnenen Macht festzustellen, was zeitweise durch den Rückgriff auf autoritär klingende Rhetorik, nicht aber durch Anwendung von Gewalt kaschiert wurde. Die PPCD konnte sich als moderne, wenn auch in einigen Zügen populistisch-nationalistische Partei präsentieren, welche die Demokratie- und EU-konforme Rhetorik bestens beherrscht. Damit verdeckt sie ihren absoluten und ultimativen Machtanspruch, der die Legitimität des von der Mehrheit gewählten Parlaments und Präsidenten verkennt.

<sup>24</sup> Je nach politischer Zugehörigkeit zirkulieren die verschiedensten Gerüchte über das Verschwinden Cubreacovs: er soll von der moldauischen Mafia, vom transnistrischem Staat, von der moldauischen oder rumänischen Sicherheitsdienst, von einer radikalen Fraktion innerhalb der PCRМ oder von der Führung seiner eigenen Partei, der PPCD entführt worden sein.

<sup>25</sup> Council of Europe: Functioning of Democratic Institutions in Moldova, <<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=http%3A%2F%2Fassembly.coe.int%2Fdocuments%2Fworkingdocs%2Fdoc02%2Fedoc9418.htm>>, 23.04.2002.

Innerhalb kurzer Zeit nach Beendigung der Proteste wurden von der PCRM eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die den Forderungen der Opposition und des Europarates entgegenkommen: Die Maßnahmen zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität der PPCD Abgeordneten wurden ausgesetzt; der Präsident versprach der Opposition mehr Möglichkeiten der aktiven Teilnahme im Parlament;<sup>26</sup> des weiteren sollte die kommunistische Mehrheit ein Gesetz über die Beteiligung der Opposition an den staatlichen Medien verabschieden; die Gesetzesvorlage sollte klare Bestimmungen über die Sendezeiten für alle politischen Kräfte beinhalten. Langfristig soll der Sender "Teleradio Moldova" in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen umgewandelt werden.<sup>27</sup>

#### 4. Wirtschaft: Am Rande des Kollapses

Nach einigen, als erfolgreich eingestuften Reformversuchen – der einflußreiche *The Economist* pries das Land sogar als einen "perfekten Raum für Reformen" – stellten die Wirtschaftsreformen ab Mitte der neunziger Jahre als eher halbherzig heraus, was die gleiche Zeitschrift nach zehn Jahren Reformen enttäuscht fragen ließ. "Can Moldova get worse?"<sup>28</sup> Ursache dieser negativen Entwicklung waren vor allem die lähmenden politischen Konflikte des Landes, auf Grund derer die Gesetzgebung lange Zeit blockiert blieb. Die negativen Auswirkungen der russischen Finanzkrise, die hohe Abhängigkeit von russischen Energielieferungen und der ungelöste Territorialkonflikt mit der selbsternannten Republik Transnistrien trugen zur Verschärfung der Wirtschaftsmisere bei. Mit einem BIP von 357.7\$ ist die Republik Moldau heute das ärmste Land Europas.

Die moldauische Wirtschaftsleistung ging zwischen 1991 und 2000 um 60% zurück, erst in den letzten zwei Jahren hat sich langsam ein moderates Wirtschaftswachstum einstellen können. Soziale Indikatoren deuten auf einen drastischen Einbruch des Lebensstandards. Ca. 80% der Bevölkerung leben von weniger als 1\$ pro Tag. Noch schlechter ist die Situation der 800 000 Rentner: mit einer monatlichen Durchschnittsrente von nur 82 Lei (etwa 7 \$ !) sind sie die Hauptverlierer der Transformation.<sup>29</sup> Die medizinische Versorgung blieb weiterhin katastrophal, was zum starken Rückgang der Geburtenrate und zum Absinken der Lebenserwartungen auf knapp 62 Jahre führte.<sup>30</sup> Die fortschreitende Auflösung des staatlichen medizinischen und sozialen Versorgungssystems macht die Lage noch schwieriger.

---

<sup>26</sup> Preşedintele Moldovei a propus parlamentului să intensifice pe cale legislativă rolul opoziţiei [Der moldauische Präsident hat dem Parlament eine Intensivierung der Rolle der Opposition vorgeschlagen]. In: *INFOTAG*, 17.04.2002.

<sup>27</sup> Political Armistice Taking Hold in Moldova. In: *Jamestown Monitor*, 04.05.2002.

<sup>28</sup> Zit. nach Munteanu, Angela: Moldova without Moldovans: Labour Emigration – a Loss or a Gain? In: *South-East Europe Review*, 4 (2001) 4, S. 19-24, hier S. 20; The Land That Time Forgot. In: *The Economist*, 21.09.2000.

<sup>29</sup> Munteanu, Angela: The Social Costs of Transition in Moldova. In: *South-East Europe Review*, 3 (2000) 3, S. 35-44.

<sup>30</sup> Pharmaciens sans frontières: Situation sanitaire générale; <<http://www.psfc.org/fr/06-fiches-progr/moldavie/situ-gen.htm>>, 05.05.2002.

Der jüngeren Generation bleibt oft als Ausweg aus der Misere nur die Auswanderung. Aufgrund der kürzeren Lebenserwartung und vor allem der massiven Arbeitsmigration hat die Zahl der Bevölkerung im arbeitsfähigem Alter zwischen 1996 und 2001 um 668 600 (45%) abgenommen.<sup>31</sup> Nach Angaben der UNDP Moldova sind bereits bis zu 800 000 vor allem jüngere Leute ausgewandert, ihre Zielländer sind vor allem Rumänien, die Russische Föderation und die Mitgliedstaaten der EU. Das Überleben der im Land verbliebenen kann unter diesen Bedingungen nur durch Subsistenzwirtschaft und finanziellen Hilfeleistungen der im Ausland arbeitenden Familienangehörigen gesichert werden. Der Devisenzufluß aus den Heimattransfers der im Ausland arbeitenden Moldauer erreicht fast die Summe des projizierten Staatshaushaltes für das Jahr 2002.<sup>32</sup>

Ein immer stärker belastendes Problem für die moldauische Wirtschaft ist die Anhäufung von Auslandsschulden. Obwohl nach dem Zerfall der Sowjetunion alle Schulden der Sowjetrepubliken, so auch die der Republik Moldau von der Russischen Föderation übernommen worden sind, ist nach zehn Jahren die Außenverschuldung eines der gravierendsten Wirtschaftsprobleme des Landes, das den größten Teil des Staatshaushaltes aufbraucht. Grund für die Ansammlung dieser Schulden ist die aus sowjetischer Zeit tradierte hohe Abhängigkeit des Landes von Rußland, insbesondere von dessen Energielieferungen. Im Gegensatz zur Sowjetzeit, als diese Preise stark subventioniert waren, mußte jetzt der volle Weltmarktpreis bezahlt werden, was einer vierzigfachen Preiserhöhung gleichkam.<sup>33</sup> Damit waren die Grundlagen einer diesmal nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Russischen Föderation gelegt.

In ihrem Wahlprogramm versprach die PCRM großzügig eine Verdoppelung der Renten und Gehälter, Subventionen für heimische Produkte, sowie die Bekämpfung der ausufernden Korruption.<sup>34</sup> Die Privatisierung wirtschaftlich bedeutenden Schlüsselsektoren wie Tabak und Weinindustrie, eine der Hauptforderungen des IWF, sollte gestoppt werden.

Einmal an der Regierung, mußte die PCRM schnell erkennen, daß angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage des Landes ihre Einflußmöglichkeiten stark limitiert waren. Die doppelte Abhängigkeit des Landes – von russischen Energielieferungen und westlicher Finanzhilfe – blieb weiterhin der bestimmende Faktor der Wirtschaftspolitik.

Mit großer Skepsis wurde von ausländischen Investoren und internationalen Finanzinstitutionen der Wahlsieg der Kommunisten aufgenommen. Die Unsicherheit um die Wirtschaftspolitik der PCRM führte zur drastischen Abnahme der

<sup>31</sup> Economist Intelligence Unit: *Country Report: Belarus and Moldova*. February 2002, S. 43.

<sup>32</sup> Munteanu (Anm. 28), S. 22.

<sup>33</sup> Als Vergleich: Während der OPEC-Krise in den 70er Jahren, die die USA und die westeuropäischen Staaten in eine tiefe Rezession stürzte, erhöhten sich die Energiepreise um den Faktor 6.

<sup>34</sup> The Program of the Communist Party of the Republic of Moldova, <<http://www.parties.e-democracy.md/en/parties/pcrm/program/>>, 03.05.2002.

Auslandsinvestitionen.<sup>35</sup> Obwohl die neue Regierung nach den Wahlen plötzlich eine Weiterführung der Privatisierung in wichtigen Sektoren wie den genannten sowie in der Telekommunikation versprach, kam es zu keinem wirklichen Durchbruch.<sup>36</sup> Als das von Kommunisten dominierte Parlament mehrfach Versuche unternahm, die mit dem IWF vereinbarten Privatisierungsprogramme abzustoppen, hat dieser seine Aktivitäten in der Republik Moldau vorerst ausgesetzt. Der IWF bemängelte, daß die früher bereits vereinbarten Reformen nach dem Wahlsieg der PCRPM nicht konsequent genug weiterverfolgt wurden. Die Einführung einer marktorientierten Zivilgesetzgebung scheiterte genauso wie wichtige Strukturformen im Bereich der Landwirtschaft und der Privatisierung. Vor allem die institutionellen Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen sollen verbessert werden. Diese sind mit 416 Millionen Dollar in der Periode 1992-2000 sehr niedrig.<sup>37</sup> Als Grund dafür wird vom IWF die weit verbreitete Korruption genannt, die jeden potentiellen Investor abschrecke.<sup>38</sup> Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den internationalen Finanzorganisationen wird erst nach der Erfüllung von deren Reformforderungen erfolgen können.<sup>39</sup>

Die Beziehungen zu den Internationalen Finanzorganisationen müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der Moldau der Staatsbankrott droht. Im Jahr 2002 müssen 75% der geplanten Haushaltseinnahmen an ausländische Gläubiger zurückbezahlt werden.<sup>40</sup> Wenn es zu keiner Umstrukturierung der Schulden kommt, kann der Schuldendienst nur durch die Aufnahme weiterer Kredite bedient werden. Besonders dramatisch droht die wirtschaftliche Lage in den Sommermonaten des Jahres 2002 zu werden, wenn die Schuldentilgung ansteht und die internationalen Finanzinstitutionen nicht mehr oder noch nicht wieder bereit sind, weitere Kredite zu vergeben. Was die Situation noch zuspitzt und eine Zahlungsunfähigkeit des Landes durchaus als reale Gefahr erscheinen läßt, ist der Umstand, daß ein Teil der noch nicht erhaltenen Kredite bereits auf der Haben-Seite des Haushaltes für das Jahr 2002 verbucht worden sind.<sup>41</sup>

Zusammenfassend läßt sich feststellen: die Befürchtungen einer völligen Umkehrung der Privatisierung und der Marktöffnung haben sich nicht bewahrheitet. Wie schon ihre Vorgängerin verfolgt die Regierung eine vorsichtig manövrierende, doppeldeutige Politik, indem sie den westlichen Kreditinstituten Besserung verspricht, während sie sie gleichzeitig öffentlichkeitswirksam für die

---

<sup>35</sup> EU: *Moldova: Country Strategy Paper 2002-2006*. S. 8.

<sup>36</sup> Conducerea comunistă a Moldovei va continua procesul de privatizare a patrimoniului de stat [Die kommunistische Regierung wird die Privatisierung des Staatseigentums weiterführen]. In: *Moldova Azi*, 27.07.2001; <<http://www.azi.md/news?ID=12981>>.

<sup>37</sup> EBRD: *Moldova, Investment Profile 2001*, S. 7.

<sup>38</sup> Leichte Erholung in der Moldau. In: *NZZ*, 26.05.2001.

<sup>39</sup> IMF: Press Statement, Conclusion of IMF Mission to Moldova, February 26 to March 7, 2002; <<http://www.imf.md/press/press1-020307.html>>, 08.04.2002.

<sup>40</sup> Die Republik Moldau in Finanznöten. Internationale Kredite oder Zahlungsunfähigkeit. In: *NZZ*, 25.06.2002.

<sup>41</sup> Ciubasenco, Dmitri: Minciuna și disperarea lui Vladimir Woronin [Lüge und Verzweiflung des Vladimir Woronin]. In: *Moldova Azi*, 11.03.02.

Misere im Land verantwortlich macht.<sup>42</sup> Die Nachhaltigkeit einer solchen Wirtschaftspolitik bleibt trotz des sich langsam einstellenden Wirtschaftswachstums fraglich.

## 5. Das empfindliche ethnopolitische Gleichgewicht

Die Republik Moldau ist ein multiethnischer Staat, in dem 63,9% der Bevölkerung der rumänisch-moldauischen Mehrheit angehören, 14,3% Ukrainer, 12,8% Russen und 3% türkischsprachige, christlich-orthodoxe Gagausen sind. Die Lösung der ethnischen Probleme ist seit den Anfängen der Unabhängigkeit eines der empfindlichsten Gebiete moldauischer Politik. Als Folge der Unabhängigkeitsbewegung, welche vor allem durch die rumänischsprachige Mehrheit getragen wurde, kam es zu Befürchtungen der russischsprachigen Minderheiten, die weitere "Rumänisierung" und die Annäherung an Rumänien würde ihre Rechte beschneiden.<sup>43</sup>

Während die Auseinandersetzung mit einem scheinbar ethnisch bedingten Hintergrund Anfang der neunziger Jahre die politische Diskussion beherrschte hatte, war eine der wichtigsten Entwicklungen der späten neunziger Jahre, daß sich diese Konflikte auf eine politisch-ideologische Ebene verlagerten. Stark zurückgedrängt, fanden die nationalistischen Kräfte bei der ohnehin mit den alltäglichen Sorgen des Überlebens beschäftigten Bevölkerung weniger Gehör. Daß diese Themen dennoch nicht ihre Mobilisierungskraft verloren haben, beweisen die Ereignisse des Frühlings 2002, als die kontroversen Entscheidungen der PCRM – die Einführung des obligatorischen Russischunterrichts, die Aufwertung der russischen Sprache sowie der Versuch der Änderung des Geschichtslehrstoffes – ein Konfliktpotential zeitigten, welches Auslöser für die monatelangen Proteste wurden.

### 5.1 "Russifizierung" und "Moldauisierung"

Nach der von der rumänischsprachigen Bevölkerung als Periode der Russifizierung wahrgenommenen Sowjetzeit war es insbesondere die Frage der Sprache gewesen, die als Katalysator für die moldauische Unabhängigkeitsbewegung gewirkt hatte. Während der "rumänischen Renaissance" Ende der achtziger Jahre wurde die rumänische Sprache (und nicht das mit ihr faktisch identische Produkt der sowjetischen Philologie – das "Moldauische") zur Staatssprache ernannt, die kyrillische Schreibweise durch die lateinische ersetzt, und als vielleicht noch symbolischere Geste die Uhrzeit von Moskauer auf Bukarester Zeit umgestellt.<sup>44</sup>

<sup>42</sup> Moldovan Authorities Meet New IMF Mission With Unprepared Homework. In: BASA-economic, <<http://www.imf.md/press/news-020302.html>>, 02.03.2002.

<sup>43</sup> Obwohl nur knapp 13% der Bevölkerung ethnische Russen sind, wird in der Moldau auch unter den nicht-russischen Minderheiten (Ukrainer, Gagausen) vor allem die russische Sprache benutzt.

<sup>44</sup> Hornbacher, Elina: Der Stellenwert der russischen Sprache in der Republik Moldau. In: *Osteuropa*, 52 (2002) 2, S. 39-51.

Allerdings kam es ab Mitte der 90er Jahre, parallel zu einer zaghaften Wiedernäherung an Rußland, zur Relativierung der sprachlichen und historischen Beziehungen zu Rumänien. Die 1994 verabschiedete Verfassung sprach bereits wieder von "moldauisch" als offizieller Sprache des Landes. Mit der geplanten Wiedereinführung des Russischen als zweite offizielle Sprache wäre eine vollständige Kehrtwende zurück zur Lage vor der Unabhängigkeit des Landes vollbracht.

Anders als in den baltischen Staaten, wo – mit Ausnahme Litauens – die Staatsbürgerschaft nur Angehörigen der Titularnation zugebilligt wurde und sich die russischen Minderheiten zwischen "Adaptation oder Migration" entscheiden mußten, gewährte die Moldau allen Bürgern der ehemaligen Sowjetrepublik die moldauische Staatsbürgerschaft. Das ab 1993 ausgeführte neue Sprachgesetz sah zwar Sprachprüfungen für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten vor, bot allerdings durch zahlreiche Ausnahmen und Sonderregelungen sowie die von Anfang an etwas halbherzig wirkende Ausführung der Bestimmungen Möglichkeiten ihrer Umgehung. Die zunehmende Rolle der Privatwirtschaft, wo keine zertifizierten Rumänischkenntnisse vorzuweisen waren, sowie die eng gebliebenen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum GUS-Raum trugen zur Festigung der Rolle der russischen Sprache ebenso bei<sup>45</sup> wie die weit verbreitete Zweisprachigkeit der rumänischsprachigen Bevölkerung, die Weigerung bedeutender Teile der russischsprachigen Bevölkerung, das Rumänische zu erlernen, und der vom moldauischen Staat wegen ökonomischer Schwierigkeiten nur sehr langsam eingeführte Rumänischunterricht. Das Russische bewahrte weitgehend seine Position als gemeinsame Sprache – die Verfassung des Landes weist es als "Sprache des interethnischen Handelns" aus. Nach Meinung der Opposition hätte in dieser Situation die Aufwertung der russischen Sprache zur offiziellen Sprache diese in eine faktisch privilegierte Situation gebracht.

Nach ihrem Wahlsieg machte sich die PCRM daran, ihre Wahlversprechen auf dem Gebiet der Re-Russifizierung einzulösen. Die von der Regierung bereits im August 2001 getroffene Entscheidung sah vor, ab dem 9 Januar 2002 die russische Sprache ab der zweiten Klasse (früher sogar als während der Sowjetzeit) zum Pflichtfach erklären.

Nachdem eine Gruppe kommunistischer Abgeordneter am 6. Dezember 2001 im Parlament eine Interpellation mit dem Ziel eingebracht hatte, eine Verfassungsänderung zu initiieren, welche – zusätzlich zur "moldauischen" – die russische Sprache zu offiziellen Staatssprache gemacht hätte, wies das Verfassungsgericht diese aus formellen Gründen zurück.

Für weiteren Konfliktstoff sorgte die Entscheidung des Unterrichtsministers, das bisherige Lehrbuch *"Geschichte der Rumänen"* mit einer neuen *"Geschichte der Moldau"* zu ersetzen. Hintergrund dieser Maßnahme ist ein seit der Sowjetzeit höchst politisch ausgetragener moldauischer "Historikerstreit", in dem es um die Ethnogenese des moldauischen Volkes geht. Teil der Russifizierungsbestrebungen während der Sowjetzeit war die Betonung der historischen Unterschiede zwischen Rumänen (den Bewohnern Rumäniens) und Moldauern. Diese Sichtweise

---

<sup>45</sup> A.a.O., S. 48.

sollte dazu dienen, eine aparte regionale, multikulturelle Identität als "Moldauer" zu begründen.<sup>46</sup> Die PCRMR argumentiert damit, daß dadurch eine Stärkung der gemeinsamen moldauischen Identität und Staatlichkeit erreicht werden solle, die ohne eine solche langfristig vom Untergang bedroht sei. Kritiker aus der Opposition wenden dagegen ein, diese "Moldausierung" mißachte die historischen Tatsachen und gehe letztlich mit einer "Russifizierung" einher.

## 5.2 Die bessarabische Kirche

Die Frage nach der Anerkennung der orthodoxen "Bessarabischen Metropolie" ("Mitropolia Basarabiei și Exarhatul Plaiurilor"), die seit Jahren in einem Konflikt mit der Moldauer Regierung liegt, ist weiterhin nicht geklärt. Die Bessarabische Metropolie (BM) hat sich 1992 von der offiziell anerkannten und der Hierarchie der Moskauer Metropolie untergeordneten moldauischen "Staatskirche", der "Chișinăuer und Moldauischen Metropolie" ("Mitropolia Chișinăului și a întregii Moldove") losgesagt und ist ihrer historischen Mutterkirche, der in Bukarest ansässigen Rumänischen Orthodoxen Kirche beigetreten.<sup>47</sup> Jede moldauische Regierung hat sich bisher geweigert, diese Kirche offiziell anzuerkennen, da hiervon eine Zunahme des rumänischen Einflusses in der Moldau befürchtet wird. Nach mehreren abgelehnten Rechtsbeschwerden wandte sich die BM an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dieser gab ihr in erster Instanz am 13. Dezember 2001 Recht und befand, die Republik Moldau habe gegen Artikel 9 (Religionsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtscharta verstoßen. Nach der Urteilsverkündung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte legte die kommunistische Regierung gegen das Urteil Revision ein – und wurde damit zum ersten Land überhaupt, welches eine Entscheidung dieser Institution in Frage stellte. Nach der Zurückweisung der Revision am 27. März 2002 wurde das Urteil rechtskräftig. Eine weitere Weigerung der Anerkennung der Bessarabischen Kirche bis zum 31. Juli 2002 kann die Verhängung internationaler Sanktionen gegen die Republik Moldau nach sich ziehen<sup>48</sup>

## 5.3 Der gagausische Knoten

Nachdem es Anfang der 1990er Jahre zu heftigen Auseinandersetzungen um die Selbstbestimmung der Gagausen gekommen war, wurde 1994 eine von Beobachtern für ganz Osteuropa beispielhaft genannte Lösung ethnischer Probleme gefunden.<sup>49</sup> Durch die aktive Vermittlung der OSZE und des Europarates wurde

<sup>46</sup> Sofransky, Octavian: Making Moldovans More Moldovan. In: *RFE/RL Transitions Online*, 31.08.2001; vgl. auch 11.03.2002.

<sup>47</sup> Constitutional Watch: Moldova (Anm. 17).

<sup>48</sup> *Jane's Foreign Report*, No. 2684, 18.04.2002, S. 8.

<sup>49</sup> Troebst, Stefan: Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte? Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova, In: *Kommune*, 19 (2001) 9, S. 53-55; ders.: Kein spektakulärer Erfolg, aber Spannungen reduziert. Die OSZE in der Republik Moldova. In: *Wissenschaft und Frieden* 15 (1997) 1, S. 23-27; Chin, Jeff; Steven D. Roper: Territorial Autonomy in Gagauzia. In: *Nationalities Papers*, 26 (1998) 1, S.

1994 das Gesetz über das "Statut der Gagausischen Autonomie" verabschiedet, welches dieser Minderheit weitreichende Rechte zusicherte.<sup>50</sup> Von besonderer Bedeutung waren zwei Instrumente des Gesetzes. Erstens, wurden die Gagausen als "Halki" – "Volk" und nicht als "Minderheit" oder "Ethnie" anerkannt, eine Formulierung, die eine nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung für das kleine Volk hatte. Zweitens, wurde der von Gagausen bewohnten territorialen Einheit ("Gagauz Yeri" – etwa: der Ort, wo die Gagausen leben) das Recht auf äußere Selbstbestimmung (d.h. Sezession) zugesichert, falls es zur Aufgabe der Unabhängigkeit der Republik Moldau kommen sollte.<sup>51</sup>

Obwohl diese Autonomielösung sicherlich zur Beruhigung der explosiven Lage geführt hat, ist durch die Vermeidung einer klaren Abgrenzung administrativer und ökonomischer Kompetenzen zwischen der Autonomie und der Zentralregierung für künftige Konflikte bereits bei der Gründung vorgesorgt worden.<sup>52</sup> Dies wurde besonders nach 1998 deutlich, als das Parlament des autonomen Gebietes eine eigene Verfassung verabschiedete, welche in nicht wenigen Punkten der – ihr Zustandekommen erst ermöglichenden – moldauischen Verfassung widersprach.<sup>53</sup> In den letzten Jahren mehrten sich die Stimmen, die nach einer Ausweitung der Autonomie, einer stärkeren Berücksichtigung der verarmten Region bei der wirtschaftlichen Umverteilung durch Chişinău, nach mehr Abgeordneten im nationalem Parlament und einer eigenen, unabhängigen Innen- und Außenpolitik riefen.

Nach dem Wahlerfolg der PCRM haben sich die Beziehungen Chişinăus zu der Region deutlich verschlechtert.<sup>54</sup> Da die PCRM in der Opposition oft als Vertreter gagausischer Interessen auftrat – und bei den Wahlen tatsächlich auch etwa 80% der gagausischen Stimmen erhielt, ist dies zunächst verwunderlich.<sup>55</sup> Doch seit ihrem Amtsantritt versucht die PCRM eine eigene, mit der Zentralregierung enger verbundene Elite in Comrat, der Hauptstadt Gagausiens, an die Macht zu bringen und dadurch ihren Einfluß in der Region zu sichern. Unterdessen haben sich die Forderungen der amtierenden gagausischen Exekutive weiter radikalisiert. So drohte diese mit einer Revision der Unabhängigkeitsdeklaration von

---

73-86; Socor, Vladimir: Gagauz Autonomy in Moldova: A Precedent for Eastern Europe? In: *RFE/RL Research Report*, 3 (1994) 33, S. 21-28.

<sup>50</sup> The Parliament of the Republic of Moldova: The Law on the Special Legal Status of Gagauzia. In: [http://www.ecmi.de/cps/documents\\_moldova\\_law.html](http://www.ecmi.de/cps/documents_moldova_law.html).

<sup>51</sup> Troebst (Anm. 50); Mark, Rudolf: Moldova, Probleme mit der nationalen Selbstfindung. In: *Ethnos-Nation*, 3 (1995) 1, S. 27-39, hier S. 35.

<sup>52</sup> Mungiu-Pippidi, Alina: Moldova: eşecul construcției unui stat european sau Modelul găgăuz ajuns la maturitate [Moldova: das Scheitern einer europäischen Staatsbildung oder die Reife des gagausischen Modells]. In: 22, 26.03.2002, S. 3.

<sup>53</sup> Nantoi, Oazu: Vzaimootnošenija Komrata i Kişineva. Juriditčeskij Aspekt.[Die Beziehung zwischen Komrat und Chişinău. Legaler Aspekt], <http://www.ipp.md/Publications/RelatiileCom-Chis.doc>, 15.05.2002.

<sup>54</sup> Botan, Igor, Criza găgăuză [Die gagausische Krise]. In: <http://news.ournet/news?ID=18215>, 18.03.2002.

<sup>55</sup> Munteanu, Igor: Problema găgăuză [Das gagausische Problem]. In: *Moldova Azi*, 20.08.2001.

1990 und stellte in Aussicht, daß das Gebiet nicht an landesweiten Wahlen teilnehmen werde, falls Chişinău auf ihre Forderungen nicht eingehe.<sup>56</sup> Auch die immer engeren Kontakte und die immer deutlicher werdende Angleichung der Rhetorik zwischen Gagausien und der abtrünnigen Region Transnistrien ließen Chişinăus Ängste vor einer Sezession wieder aufkommen.<sup>57</sup>

Formell wurde der aktuelle Konflikt durch die Aufdeckung angeblicher Veruntreuung öffentlicher Mittel durch führende Persönlichkeiten der gagausischen Exekutive ausgelöst.<sup>58</sup> Im Februar 2002 versuchten von Chişinău unterstützte Gegner des jetzigen Bashkans (Gouverneurs) Gagausiens, Dmitri Croitoru, durch ein Referendum die Absetzung der gagausischen Exekutive zu erreichen.<sup>59</sup> Um ihre Macht zu verteidigen, verhinderte die Exekutive die Öffnung von mehr als der Hälfte der Wahllokale. Dadurch blieb das – von der gagausischen Exekutive von vornherein für unkonstitutionell erklärte – Referendum wirkungslos. Am 27. Februar reichte der moldauische Generalstaatsanwalt eine Klage gegen die gagausische Exekutive wegen Verhinderung des Referendums ein. Da das "Gesetz über die Autonomie" der moldauischen Verfassung keine Referenda zur Absetzung des Bashkans vorsieht, die eigene Verfassung der Autonomie dies jedoch beinhaltet, ist unklar, welches Gesetz gelten muß. Um sein Ziel, eine neue Exekutive in Comrat an die Macht zu bringen, durchzusetzen, unterstützte Präsident Woronin die eigentlich verfassungswidrige Durchführung des Referendums und rief die Bürger Gagausiens zur Abstimmung gegen Croitoru auf. Der weitere Verlauf des Konfliktes ist offen.

#### 5.4 Transformation des Transnistrienkonflikts?

Eines der wichtigsten Probleme, mit dem sich alle moldauischen Regierungen seit der Unabhängigkeit des Landes auseinander setzten mußten, war und bleibt die Lösung des Territorialkonfliktes mit der abtrünnigen Region Transnistrien.<sup>60</sup> Diese "offene Wunde" des Landes hat direkte Auswirkungen sowohl auf die innenpolitische und wirtschaftliche als auch auf die außenpolitische Stabilität des Staates.

<sup>56</sup> Botan (Anm.53).

<sup>57</sup> Siehe dazu die offizielle Seite Gagausiens im Internet unter <http://www.gagauz-press.narod.ru>.

<sup>58</sup> Ajpretova, Natalja; Oleg Jelenskij: V Gagauzii formirujetsja batal'on narodnogo opolchenija, [In Gagausien formiert sich der Widerstand des Volkes]. In: *Nezavisimaja Gazeta*, 15.03.2002.

<sup>59</sup> Sofransky, Octavian: The Battle for Gagauzia (and Moldova), 8 May 2002. In: *RFE/RL Transitions Online*, 10.05.2002.

<sup>60</sup> Für eine ausführliche Übersicht des Konfliktes siehe u. A.: Neukirch, Claus: Transdnestria and Moldova: Cold Peace at the Dniestr. In: *Helsinki Monitor*, 12 (2001) 2, S. 122-135; ders.: Russia and the OSCE – The Influence of Interested Third and Disinterested Fourth Parties on the Conflicts in Estonia and Moldova. In: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe*, Juli 2001, [www.ecmi.de/jemie/download/JEMIE07Neukirch11-07-01.pdf](http://www.ecmi.de/jemie/download/JEMIE07Neukirch11-07-01.pdf); Hanne, Gottfried: *Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung*. Berichte des BIOST (1998) 42; Kolstø, Pål; Andrei Malgin: The Transnistrian Republic: A Case of Politicized Regionalism. In: *Nationalities Papers*, 26 (1998) 1, S.103-127.

Das östlich des Flusses Dnjestr (rumänisch Nistru) liegende Gebiet der Republik Moldau, war bis 1940 Teil der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und wurde 1944 durch Stalin in die neu gegründete Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik MSSR eingegliedert. Im Gegensatz zu dem vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Westen der Republik Moldau ist dieses Gebiet viel stärker industrialisiert. Die Industrialisierung und die damit verbundene Ansiedlung russischsprachiger Arbeitskräfte war auch der Grund für die starke kulturelle Russifizierung der hier ansässigen Ukrainer und rumänischsprachigen Moldauer. 1990 hat sich dieses Gebiet mit ethnisch gemischter Bevölkerung für unabhängig erklärt. Nach bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen transnistrischen Freiwilligen und der moldauischen Armee, welche mehrere Hundert Tote und Zehntausende Flüchtlinge forderten, griff die in Tiraspol (der Hauptstadt der transnistrischen Region) stationierte 14. sowjetische Armee unter der Leitung General Alexandr Lebeds auf Seiten der Sezessionisten ein. Obwohl seither keine offenen Auseinandersetzungen mehr erfolgten oder zu erwarten sind, ist es trotz der mittlerweile ein Jahrzehnt währenden Schlichtungsversuche der OSZE zu keiner wirklichen Annäherung der Konfliktparteien gekommen. Die Republik Moldau beabsichtigt die Lösung des Konfliktes – nach dem Muster Gagausiens – durch die Gewährung einer weitreichenden Autonomie Transnistriens zu erreichen. Die transnistrische Führung besteht hingegen auf eine "Konföderation" zweier gleichwertiger Partner als künftige Staatsform.

Obwohl der ethnische Faktor beim Ausbruch des Konfliktes sicherlich eine mobilisierende Rolle spielte, liegen die Gründe für sein Fortbestehen eher im politischen und ökonomischen Interessenkonflikt zwischen den lokalen Eliten und der Regierung in Chişinău. Während die Unabhängigkeitsbewegung in der RM Anfangs einen starken pro-rumänischen und antikommunistischen Charakter hatte, blieb Transnistrien der alten sowjetischen Ordnung und der Planwirtschaft treu. Allerdings dürfte bei dieser Entscheidung die enge Vernetzung der lokalen Schwer- und Waffenindustrie mit der ehemaligen Sowjetunion eine gewichtige Rolle gespielt haben. Der Übergang zur Marktwirtschaft hätte für viele dieser Betriebe den sicheren Untergang bedeutet.<sup>61</sup> Nicht zu vernachlässigen sind in diesem Zusammenhang die Interessen der regionalen Elite, deren Machtpositionen maßgeblich von der Beibehaltung des status-quo abhängen.<sup>62</sup> Die Aufrechterhaltung der außerordentlichen Situation Transnistriens dient heute noch der Macht-elite in Tiraspol, aber auch ihren Partnern in Chişinău, wo viele vom Handel mit zollfreien Produkten profitieren.<sup>63</sup>

Während internationale Schlichtungsversuche erfolglos blieben, hat die von keinem Staat anerkannte "Transnistrische Moldauische Republik – "Pridnestrovskaya Moldavskaya Republika" erfolgreich staatsähnliche Strukturen<sup>64</sup> aufgebaut und wurde zu einem der erfolgreichsten proxy-Staaten der sogenannten

---

<sup>61</sup> In der Moldau ist es fünf nach zwölf. In: *NZZ*, 19.03.2001.

<sup>62</sup> Neukirch, *Russia...* (Anm. 59), S. 23.

<sup>63</sup> King (Anm. 5), S. 274.

<sup>64</sup> Dazu gehören u.a. eine eigene Polizei, Staatssymbole, sowie die eigene Währung, der transnistrische Rubel.

GUS-2, der "Gemeinschaft nichtanerkannter Staaten" wie Abchasien, Berg-Karabach und Süd-Ossetien.<sup>65</sup> Als Grund für die Verhandlungsmacht Transnistriens gegenüber Chişinău sind mehrere Faktoren zu nennen.

Erstens spielte hier die relativ gute wirtschaftliche Stellung Transnistriens eine wichtige Rolle. Transnistrien, das 12% der Fläche der Republik Moldau einnimmt, besitzt bis zur Hälfte des industriellen Potentials des Landes. Die Wirtschaftsbeziehungen der Schwer- und Waffenindustrie der Region zu der früheren Sowjetunion bestehen weiterhin. Die Einnahmen aus dem Stahlgeschäft machten etwa die Hälfte der Einnahmen Transnistriens aus: die Stahlwerke aus Rîbniţa belieferten in den letzten Jahren den amerikanischen und kanadischen Markt mit Stahlprodukten zu Dumpingpreisen.<sup>66</sup> Nach der Klage der USA bei der International Trade Commission wurden allerdings prohibitive anti-dumping Zölle auf alle aus der Region stammenden Metallprodukte gelegt – was empfindliche Verluste für den transnistrischen Staat bedeuten wird. Die Waffenschmiede Pribor in Tigihina produziert weiterhin mit großem Erfolg konventionelle Waffen, welche in Konfliktgebieten der ehemaligen Sowjetunion, aber auch auf den Balkan und Afrika ihren Absatz finden.

Zweitens, da Transnistrien fast die gesamte Ostgrenze der Republik Moldau einnimmt, kann es sehr effektiv die Handelswege und Energiezufuhr aus der Russischen Föderation, dem wichtigsten Handelspartnerpartner des Landes, kontrollieren.<sup>67</sup> Dadurch ist es der Republik Moldau nicht möglich, ihre Außengrenzen effektiv zu überwachen, geschweige die Erhebung von Zöllen durchzusetzen. Dies führt zu der zollfreien Umleitung moldauischer Ein- und Ausfuhren durch das transnistrische Gebiet und bedeutet empfindliche Verluste für den moldauischen Staatshaushalt.

Drittens, besaß während des letzten Jahrzehnts die transnistrische Regierung stets die Unterstützung der Russischen Föderation. Einerseits materialisierte sich diese in wirtschaftlicher Hilfe durch strategische Investitionen russischer Konzerne in die transnistrische Industrie und der quasi kostenlosen Belieferung Transnistriens mit Energie. Andererseits, und vielleicht noch wichtiger, war jedoch die militärische Unterstützung Transnistriens durch die Stationierung der früheren 14. russischen Armee in Tiraspol. Obwohl während der neunziger Jahre die Truppenanzahl als Folge verschiedener Abrüstungsabkommen reduziert wurde, ist das vorhandene militärische Potential noch immer immens; die hier gelagerten 42 000 Tonnen Kriegsmaterial machen Transnistrien zum größten Waffenlager Europas außerhalb der Russischen Föderation.

---

<sup>65</sup> King, Charles: Eurasia's Nonstate States. In: East European Constitutional Review, 10 (2001) 4, <<http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num4/features/king.html>>.

<sup>66</sup> Moldovan Economic Trends, S. 15, <<http://www.economic-trends.org/md/report/md2001q3.pdf>>, 10.05.2002.

<sup>67</sup> Neukirch, Russia... (Anm. 59), S. 23.

Der kommunistischen Führung in Chişinău wurden anfangs gute Chancen zugesprochen, neue Impulse für die Konfliktlösung zu geben.<sup>68</sup> Sowohl die Orientierung an Rußland, als auch die ideologische Nähe zwischen Tiraspol und Chişinău sollten zur Konfliktlösung beitragen. Die Freilassung des moldauischen Parlamentariers Ilie Ilaşcu<sup>69</sup>, der mehrere Jahre in Tiraspoler Haft verbracht hatte, und die Ankündigung eines Entgegenkommens von Präsident Woronin in mehreren administrativen Fragen ließen ebenfalls auf eine Annäherung hoffen. Nach einem Jahr läßt sich allerdings feststellen, daß es zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen gekommen ist. Nach vier Treffen zwischen dem transnistrischen Präsidenten Smirnov und Woronin wurden die Gespräche im August 2001 von moldauischer Seite aufgekündigt. Grund für das Scheitern der Verhandlungen war die unverrückbare Position beider Seiten über den Status Transnistriens. Die von Tiraspol geforderte Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Transnistriens wird von Chişinău abgelehnt. Präsident Woronin kündigte ferner an, daß es keine Lösung des Konfliktes gebe, solange Smirnov in Tiraspol an der Macht bleibe.<sup>70</sup>

Nachdem die diplomatischen Bemühungen zur Konfliktlösung gescheitert sind, ist Chişinău dazu übergegangen, den wirtschaftlichen Druck auf das separatistische Regime zu verstärken. Als Folge ihres WTO Beitritts war die Republik Moldau dazu veranlaßt, gegen Schmuggel und Korruption vorzugehen und eine effektive Grenzkontrolle einzuführen, sowie ihre Zölle unter Kontrolle zu halten. Mit Unterstützung der WTO wurden am 1. September 2001 neue Zollstempel und -dokumente eingeführt und gemeinsame Zollposten an der moldauisch-ukrainischen Grenze aufgestellt. Andere Staaten wurden aufgefordert, keinen Handel mit transnistrischen Firmen zu betreiben.

Diese Maßnahmen sollten zu einer wirtschaftlichen Blockade Transnistriens führen. Da vor fünf Jahren in einer eher sorglosen Aktion Transnistrien als vertrauensbildende Maßnahme moldauische Zolldokumente zugestanden wurden, profitierte die Region (und mit ihr zahlreiche korrupte moldauische Beamte) stark vom zollfreien Handel mit moldauischen Gütern, die durch Transnistrien am moldauischen Fiskus vorbeigeschmuggelt werden konnten und damit der moldauischen Staatskasse empfindliche Verluste bescherten. Die im September 2001 eingeführten neuen Zolldokumente wurden den transnistrischen Behörden nicht mehr weitergegeben. Somit versuchte man, dieses "schwarze Loch" zu stopfen und damit langfristig auf einen Popularitätsverlust der Führung in Transnistrien hin zu arbeiten. Mittlerweile deutet immer mehr darauf hin, daß diese als "Stempelkrieg" bekanntgewordene Maßnahme Chişinăus nicht die erwarteten Erfolge erzielte. Ein Grund hierfür ist die mangelnde Bereitschaft der Ukraine zur Auf-

---

<sup>68</sup> Jaerve, Priit: Communists of Moldova and the Future of the Country's Ethnopolitical Conflicts. ECMI Brief #3, March 2001, [http://www.ecmi.de/doc/download/brief\\_3.pdf](http://www.ecmi.de/doc/download/brief_3.pdf)

<sup>69</sup> Während seiner Haftzeit in Tiraspol wurde Ilaşcu auch zum rumänischen Senator gewählt.

<sup>70</sup> Constantinescu, Maria: Viele Hoffnungen – magere Resultate. In: *Wostok Newsletter*, (2001) 7, S. 16.

stellung gemeinsamer Grenzkontrollen an der moldauisch-ukrainischen Grenze. Auch Moskau weigerte sich in eigenem Interesse, Woronin bei der wirtschaftlichen Blockade Transnistriens zu unterstützen. Rußland besitzt in den meisten transnistrischen Unternehmen Aktienmehrheiten.

Das Abreißen der Verhandlungen zwischen Chişinău und Tiraspol und das sich bereits abzeichnende Scheitern der wirtschaftlichen Blockade Transnistriens machen die Region weiterhin zu einem der wichtigsten Probleme des Landes. Nach der Verhärtung der Positionen beider Seiten scheint eine Lösung in noch weitere Ferne gerückt zu sein als vor dem Wahlsieg der PCRM.

## 6. Außenpolitik

### 6.1 Russisches "divide et impera"

Seit dem Antritt der PCRM Regierung ist eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Chişinău und Moskau zu beobachten; die erste Auslandsreise des neugewählten Präsidenten führte nach Moskau. Während des Jahres 2001 wurden mehrere Entscheidungen getroffen, welche die russisch-moldauischen Beziehungen auf neue Grundlagen stellen.

Die veränderten Machtverhältnisse ermöglichten die sich seit Jahren verzögernde Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen den beiden Ländern. In den vergangenen Jahren scheiterten alle Versuche einer Einigung an der Weigerung der russischen Staatsduma, das Dokument zu ratifizieren.<sup>71</sup> In dem von Präsident Woronin am 18. November 2001 in Moskau unterzeichneten Vertrag garantiert die Moldau die Aufwertung der Rolle der russischen Sprache und weist die Russischen Föderation als "Garant" der Lösung des transnistrischen Konfliktes aus.<sup>72</sup> Im Gegenzug erkennt die Russische Föderation erstmals die territoriale Integrität der Moldau an. Nach der schnellen Ratifizierung durch das moldauische Parlament am 28. Dezember 2001, wurde das Dokument am 4. April 2002 auch von der russischen Staatsduma angenommen.<sup>73</sup> Am 20. April 2001 ratifizierte das moldauische Parlament ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation. Damit war ein Tabu moldauischer Außenpolitik gebrochen, die zwar immer stärker auf Integration mit der GUS setzte, sich aber bisher jeglicher militärischer Zusammenarbeit verweigert hatte.<sup>74</sup>

Des weiteren wurde die Annäherung an die Russische Föderation durch verstärkte Integration in verschiedene Strukturen der russischen Einflußsphäre verdeutlicht. So wurden die Beziehungen zur GUS weiter ausgebaut. Außerdem

<sup>71</sup> Constantinescu, Maria: Freundschaftsvertrag zwischen Moldowa und Rußland. In: *Wostok Newsletter*, (2001) 9, S. 16.

<sup>72</sup> Economist Intelligence Unit: *Country Report Belarus-Moldova*. London Februar 2002, S. 34.

<sup>73</sup> Duma de Stat a Federaţiei Ruse a ratificat tratatul de bază moldo-rus [Die russische Staatsduma hat den moldauisch-russischen Grundlagenvertrag ratifiziert]. In: *Moldova Azi*, 05.04.2002

<sup>74</sup> Militärische Zusammenarbeit Moldowa-Rußland. In: *Wostok Newsletter*, (2001) 4, S. 9.

nimmt die RM als Beobachterin an den Sitzungen der Russisch-Belarussischen Union und seit Mai 2002 auch der Euroasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft teil. Auch auf dem Gipfel der GUUAM – einem Zusammenschluß ursprünglich moskau-kritischer GUS Staaten – gehörte die Moldau zu den Mitunterzeichnern einer Resolution, die ausdrücklich betonte, daß diese Organisation nicht gegen die Interessen Rußlands gerichtet ist.

Welche Auswirkungen haben diese – teilweise schon mit dem Wahlsieg zentristischer Parteien in 1996 eingeleiteten, aber erst mit dem Sieg der PCRM eindeutig gewordenen – außenpolitischen Richtungsänderungen für die Republik Moldau?

Um die Republik wieder zu einer Annäherung und einer verstärkten Integration in die GUS zu bewegen, instrumentalisierte die Russische Föderation während der neunziger Jahre die Frage der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes und den Abzug der 14. Armee aus der Republik Moldau. Diese zwei Faktoren bleiben ausschlaggebend für die künftige Entwicklung der russisch-moldauischer Beziehungen.

Was die wirtschaftliche Abhängigkeit betrifft, läßt sich folgendes feststellen: da die Russische Föderation gleichzeitig wichtigster Handelspartner, fast ausschließlicher Energielieferant und größter Gläubiger der Moldau ist, erscheint eine gewisse außenpolitische Hinwendung als logische Konsequenz für das krisengebeutelte Land. Die neuen Machthaber in Chişinău erhofften sich für ihr politisches Entgegenkommen niedrige Energiepreise und eine Umstrukturierung der Schulden<sup>75</sup>. Allerdings haben sich die moldauischen Hoffnungen nur teilweise erfüllt. Zwar erhält das Land billigere Energielieferungen, doch sind diese langfristig mit höheren Zinsen belegt.<sup>76</sup> Das unter der Präsidentschaft Woronins erneuerte Freihandelsregime beinhaltet nicht mehr für die moldauische Exportindustrie wichtigen Produkte wie Alkohol, Tabak und Zucker.<sup>77</sup> Die Bereitschaft Rußlands zu einer Umschuldung ist bis jetzt auch eher gering. Die russischen Investitionen nahmen zwar zu, es handelte sich aber in den seltensten Fällen um Investitionen, die zur Modernisierung der maroden Industrieanlagen führten, sondern eher um eine "Filetierung" der besten Teile moldauischer Industrie.

In der Frage der militärischen Präsenz Rußlands und der damit verbundenen russischen Unterstützung des separatistischen Regimes in Tiraspol deutet sich Bewegung an. Infolge der Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Chişinău haben sich die geopolitischen Kraftlinien in der Region stark verändert. Die Position des früheren strategischen Verbündeten Rußlands, Transnistrien, ist damit ins Wanken geraten. Obwohl dieses sowohl in der russischen Staatsduma als auch in den Medien noch über eine starke Lobby verfügt, ist bereits zu erkennen, daß die früher bedingungslose russische Unterstützung für das separatistische Regime mehr und mehr einem neuen Pragmatismus weicht. Bei der Konferenz der OSZE in Istanbul verpflichtete sich Rußland bis Ende 2002 alle seine

---

<sup>75</sup> The Foreign Political Priorities of the Republic of Moldova. In: *FLUX*, 12.06.2001.

<sup>76</sup> Constantinescu, Maria: Moldova in der Falle? In: *Wostok Newsletter*, (2001) 8, S. 13.

<sup>77</sup> Neukirch, Russia... (Anm. 59), S. 19.

Truppen aus der Region abzuziehen. Während Rußland im Jahr 2001 den Zeitplan des Rückzugs erfüllt hat, ist es nach Meinung von Experten immer unwahrscheinlicher, daß dieser bis Ende 2002 vollständig durchgeführt werden kann.<sup>78</sup> Einer der Gründe dafür liegt in der Haltung der transnistrischen Führung, die vom Truppenrückzug – berechtigterweise – eine empfindliche Schwächung ihrer Position befürchtet. Nachdem Tiraspol bereits seit 2000 immer wieder den Waffenabzug blockierte und die Hälfte der Munitionsdepots als eigenes Eigentum forderte, kam es November 2001 zu einer Abmachung zwischen Tiraspol und Moskau.<sup>79</sup> Um das Einlenken Tiraspols zu sichern, erließ Moskau einen Teil der transnistrischen Schulden. Nachdem Ende 2001 einige Güterzüge mit Munition die russischen Militärbasen verlassen hatten, blockierten transnistrische Behörden nichtsdestotrotz neuerlich die Abfahrt und riegelten das Waffendepot von Colbasna ab.<sup>80</sup>

Allerdings scheint es immer wahrscheinlicher, daß Moskau bei der Verzögerung aktiv mit der transnistrischen Regierung zusammenarbeitet und versucht, den Rückstand beim Abzug mit der Haltung Transnistriens zu begründen.<sup>81</sup> Auch die unkooperative Haltung Moskaus im "Stempelkrieg" deutet darauf hin, daß Rußland trotz der verbesserten Beziehungen zur Chişinăuer Führung weiterhin pragmatisch seine außenpolitischen Interessen verfolgt. Die Hoffnungen Woronins, eine Annäherung an Rußland werde es erleichtern, den Konflikt zu lösen, scheinen sich nicht erfüllt zu haben.<sup>82</sup>

Angesichts dieser Entwicklung deuten sich zwei alternative Szenarien für die Zukunft an.<sup>83</sup> Erstens, könnte eine von der Republik Moldau akzeptierte Stationierung russischer Truppen auf moldauischem Boden für die russische und die moldauische Seite eine potentiell für beide Seiten akzeptable Lösung darstellen. Rußland behielt damit einen militärischen Vorposten an der Grenze seines früheren Einflußgebietes, für die Republik Moldau eröffneten sich durch den Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien Möglichkeiten zur Lösung des Territorialkonfliktes. Allerdings könnte eine in diese Richtung weisende Entscheidung wieder zum Auslöser von Massenprotesten der rumänischsprachigen Bevölkerung werden. Zweitens, stellt sich die Frage nach dem Status der in Transnistrien stationierten russischen Truppen nach wie vor. Der von Vjatscheslaw Trubnikov, dem für Transnistrien zuständigen stellvertretenden russischen Außenminister im Januar 2002 gemachte Vorschlag sieht eine unbegrenzte Stationierung russischer Militärs in Transnistrien vor – in Form einer internationalen Friedenstruppe unter russischem Kommando und mit Beteiligung von ukrainischen und finnischen

<sup>78</sup> Socor, Vladimir: From Russia's "Near Abroad" to Europe's Neighborhood. In: *The Wall Street Journal*, 10.05.2002.

<sup>79</sup> Moskaus langer Abschied aus der Moldau. In: *NZZ*, 31.01.02.

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> Russian Troops Not Budging from Moldova's Transdniester Region. In: *Jamestown Monitor*, 23.05.2002.

<sup>82</sup> Constantinescu (Anm. 75), S. 12.

<sup>83</sup> Siehe Gabanyi, Anneli Ute: *Moldova im Spannungsfeld zwischen Rußland, Rumänien und der Ukraine*. Berichte des BIOST, (1998) 16, S. 30.

Truppen.<sup>84</sup> Diese Lösungsmöglichkeit würde die Vereinbarungen von Istanbul umgehen und eine weitere Stationierung ermöglichen.

Beide Szenarien machen deutlich, daß ein Ende des geopolitischen Einflusses der Russischen Föderation in der nahen Zukunft nicht zu erwarten ist. Trotz der sich langsam verändernden russischen Haltung gegenüber der transnistrischen Führung scheint es wahrscheinlich, daß Rußland mittelfristig an der Unterstützung des separatistischen Regimes interessiert ist. Gerade weil Rußland von der Aufrechterhaltung eines latenten Konfliktes am meisten profitieren kann, ist es in seinem Interesse, den Truppenabzug zu umgehen. Dadurch eröffnet sich für die Moldau die nicht sehr vielversprechende Aussicht, entweder auf ihrem Territorium ein "Kaliningrad im Süden"<sup>85</sup> zu beherbergen oder selbst dazu zu werden.

## **6.2 Rumänien: Schwierige Verwandtschaft**

Da die Moldauer ethnisch und sprachlich Rumänen sind, schien Anfang der neunziger Jahre die Wiedervereinigung mit Rumänien für viele die nächste, natürliche Etappe der rumänisch-moldauischen Beziehungen. Mit der Zeit verschwand dieses Thema jedoch fast vollständig von der politischen Agenda. Gründe dafür waren die zunehmend schlechtere wirtschaftliche Lage Rumäniens und die Instrumentalisierung von – kaum noch aktiv vorhandenen – negativen Erinnerungen an die Zeit unter Bukarests Herrschaft während der Zwischenkriegszeit. Die vehementen Proteste der ethnischen Minderheiten der Moldau – immerhin ein Drittel der Bevölkerung – welche die "Rumänisierung" des Staates und jegliche Wiedervereinigungstendenzen zum Teil mit Androhung von Gewalt ablehnten, sowie die Passivität der auf ihren eigenen Machterhalt bedachten moldauischen Elite führte zu dem Abbruch dieser Bestrebungen. 1994 fand ein Volksreferendum statt, bei welchem sich über 90 Prozent der Bevölkerung für einen eigenständigen Staat aussprachen und somit indirekt die Perspektive einer Wiedervereinigung ausschlossen.<sup>86</sup>

Nach dem Wahlsieg der Kommunistischen Partei ist eine starke Abkühlung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu beobachten. Im Oktober 2001 attackierte der moldauische Justizminister Ion Morei vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg den "rumänischen Expansionismus" mit scharfen Worten, was zur Absage des offiziellen Besuches des rumänischen Ministerpräsidenten Adrian Năstase führte. Außerdem kam es während der Proteste des Jahres 2002 zur Ausweisung des rumänischen Militärattachés in Chişinău, der mit der Organisation und Finanzierung der Demonstrationen

---

<sup>84</sup> Clock Ticking Fast on OSCE in Russian-Occupied Transdnier. In: *Jamestown Monitor*, 03.05.2002.

<sup>85</sup> Socor (Anm. 77).

<sup>86</sup> Purcăruş, Alexandru: Relațiile dintre România și Republica Moldova [Die Beziehungen zwischen Rumänien und der Republik Moldau]. In: *Sfera Politicii*, 9 (2001) 99, S. 10-13.

nen in Zusammenhang gebracht wurde.<sup>87</sup> Allerdings weigerte sich die moldauische Regierung Beweise dafür zu liefern.

Zu weiteren Verstimmungen führten die Aussagen des moldauischen Ministerpräsidenten Târlev, der von der drohenden Gefahr einer "Rumänisierung der Gesellschaft" sprach und sich gegen jede Art von "Unionismus, Nationalismus oder Rumänismus" wandte.<sup>88</sup> Von rumänischer Seite hörte man immer wieder kritische Stimmen wegen der zunehmenden "Moldauisierung" von Geschichte und Sprache. Bei einem Besuch der Moldau nannte der rumänische Präsident Ion Iliescu die "Ideologie einer eigenständigen moldauischen Sprache und Geschichte" eine stalinistische Erfindung und die Moldau den zweiten rumänischen Staat, da diese von einer rumänischen Mehrheit bewohnt werde.<sup>89</sup> Solche und ähnliche Äußerungen werden von moldauischer Seite bereits als empfindliche Eingriffe in die Souveränität des Staates gewertet.

Aufgrund ähnlicher – eher symbolischer – Probleme ist es auch zu keinen Fortschritten bei der Verhandlung des rumänisch-moldauischen Grundlagenvertrages gekommen, dessen Unterzeichnung sich seit 1996 verzögert. Die rumänische Seite möchte dem Vertrag einen Passus einfügen, der eine Verurteilung des Molotow-Ribbentrop Paktes enthält, infolge dessen es zur Annektierung der rumänischen Provinz Bessarabien durch die Sowjetunion gekommen ist und die Trennung der Moldau von Rumänien besiegelt wurde. Die moldauische Seite hält einen derartigen Passus für inakzeptabel. Damit ist die Republik Moldau der einzige Nachbarstaat, mit dem Rumänien bisher keinen Grundlagenvertrag abschließen konnte, obwohl ein solcher Vertrag Rumäniens Chancen bei der nächsten Runde der NATO-Erweiterung im Herbst des Jahres 2002 in Prag vergrößern könnte.<sup>90</sup>

In diesem Zusammenhang ist auch die zunehmende Belastung der rumänisch-russischen Beziehungen zu sehen. Am 22. Februar 2002 verabschiedete die russische Staatsduma eine Resolution, die Rumänien beschuldigte, sich in die inneren Angelegenheiten der Moldau einzumischen.<sup>91</sup> Rumänische Beobachter deuten darauf hin, daß einige Kräfte in Moskau durch Instrumentalisierung des Konflikts in der Moldau den anstehenden NATO-Beitritt Rumäniens verhindern wollen. Durch die Einbeziehung Rumäniens in den Konflikt soll der Eindruck entstehen, daß die NATO einen durch Territorialkonflikten belasteten Kandidaten in ihre Reihen aufnimmt.<sup>92</sup>

<sup>87</sup> Chişinăul a declarat război diplomatic României [Chişinău hat Rumänien den diplomatischen Krieg erklärt]. In: *Adevărul*, 15.03.2002.

<sup>88</sup> Purcăruş (Anm. 85), S. 10.

<sup>89</sup> Ciobanu, Vitalie: Schimbarea de atitudine a Bucureştiului faţă de Chişinău [Die veränderte Haltung Bukarests gegenüber Chişinău]. In: *Revista 22*, 12 (2001) 31.3. 2001, S. 14.

<sup>90</sup> Purcăruş (Anm. 85), S. 10.

<sup>91</sup> Constitutional Watch. Moldova. In: *East European Constitutional Review*, 11 (2002) 1, <[http://www.law.nyu.edu/eecr/vol11num1\\_2/constitutionwatch/moldova.html](http://www.law.nyu.edu/eecr/vol11num1_2/constitutionwatch/moldova.html)>.

<sup>92</sup> Munteanu, N. C.: Podul de mărăcini [Eine Brücke aus Dornen], In: *Revista 22*, 12 (2002) 19. 3. 2002

In Bukarest herrscht währenddessen unter der politischen Elite stillschweigendes Einvernehmen, daß auf die aktuelle Situation in der Republik Moldau nur sehr zurückhaltend und nach Möglichkeit gemeinsam mit der OSZE oder der EU zu reagieren sei.<sup>93</sup> Zwar kritisierten rumänische Politiker verhalten die anti-demokratischen Verstöße der kommunistischen Regierung, welche sich gegen die rumänische Bevölkerungsmehrheit und gegen die pro-rumänische, eine Wiedervereinigung der Moldau mit Rumänien befürwortende PPCD richteten. Doch es herrscht Konsens darüber, daß die eindeutige politische Priorität der Regierung, die möglichst schnelle Verwirklichung der europäischen und atlantischen Integration, durch potentielle Konflikte mit dem Nachbarstaat nicht gefährdet werden dürfe.<sup>94</sup>

Da Rumänien sich als Folge seiner EU-Beitrittsverhandlungen zu einer besseren Sicherung der Grenzen, so auch seiner Ostgrenzen mit der Republik Moldau verpflichtet hat, wurde für den Grenzübertritt zwischen beiden Ländern ab dem 1. Juli 2001 der Paßzwang eingeführt. Bislang benötigten die Bürger beider Staaten hier nur den Personalausweis. Die stärkere Regulierung des Grenzverkehrs zeitigt sich bereits abzeichnende wirtschaftliche Folgen für viele moldauische Bürger, die sich ihren Lebensunterhalt bisher durch Kleinhandel in Rumänien verdienen konnten.

Eine weitere Veränderung der rumänisch-moldauischen Beziehungen resultiert aus der Aufhebung des Visa-Zwangs für das Schengen Gebiet für rumänische Staatsbürger ab dem 1.1.2002. Obwohl die Moldau die doppelte Staatsbürgerschaft offiziell ablehnt, gewinnt die rumänische Staatsbürgerschaft dadurch für viele Moldauer stark an Attraktivität. Da für rumänischsprachige Moldauer der Erhalt eines rumänischen Passes eine relativ einfache Formalität ist, läßt sich bereits voraussehen, daß mit der weiteren Verschlechterung der Lage diese Option für viele an Attraktivität gewinnen wird. Nach einigen Angaben besitzen bereits bis zu 500 000 Moldauer auch einen rumänischen Paß.<sup>95</sup>

## **7. Fazit und Perspektiven**

Ein Jahr nach dem Wahlsieg der Kommunistischen Partei lassen sich mehrere Entwicklungslinien erkennen. Erstens versuchte die PCRM eine Zentralisierung der Macht durchzusetzen und so ihre Stellung zu konsolidieren. Dies manifestierte sich vor allem in der Stärkung der Exekutive. Die groben Eingriffe in die Freiheit der "vierten Gewalt", der Presse, und die oft mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbarende Behandlung der Opposition sowie die Rezentralisierungsbemühungen auf lokaler Ebene deuten auf eine Stärkung der ausführenden Macht

---

<sup>93</sup> Tomiuc, Eugen: Moldova: Romania Denies Involvement in Protests. In: *RFE/RL Newslines*, 05.04.2002.

<sup>94</sup> Nueleanu, Iulia: Între Bucureşti și Chişinău s-a dezlănțuit Războiul Rece [Zwischen Bukarest und Chişinău ist der Kalte Krieg ausgebrochen]. In: *Curentul*, 15.03.02.

<sup>95</sup> Chomette, Guy-Pierre: La Moldavie Repoussée vers L'est. In: *Le Monde Diplomatique*, Januar 2002, S. 7.

hin, die durch keine nennenswerte institutionalisierte demokratische Kontrolle ausgeglichen wird.

Zweitens kam es bei der Bekämpfung der ökonomischen Krise bisher zu keinem überzeugenden Durchbruch. Zwar liegt die moldauische Wirtschaft auf Wachstumskurs, doch Probleme wie die Außenverschuldung des Landes und die problematischen Beziehungen zu den internationalen Finanzinstitutionen bleiben weiterhin akut.

Drittens wurde das ohnehin sehr empfindliche ethnopolitische Gleichgewicht durch unvorsichtige Aktionen der PCRM stark belastet. Die Proteste der rumänischsprachigen Moldauer gegen die versuchte Russifizierung führten zur Mobilisierung der Gesellschaft nach ethnischen Prinzipien. In den zwei autonomen Gebieten (Gagausien und Transnistrien) kam es – allerdings aufgrund anderer Probleme – ebenfalls zu konflikträchtigen Situationen.

Viertens ist es im außenpolitischen Bereich zu einer Annäherung zwischen Moskau und Chişinău gekommen ist. Allerdings scheint diese Annäherung für moldauische Seite eher enttäuschende Ergebnisse zu haben. Die erhoffte Unterstützung bei der Lösung des Transnistrienproblems und in wirtschaftlichen Belangen blieb aus. Auch sucht Rußland weiterhin nach Möglichkeiten, den bis Ende 2002 vereinbarten Truppenabzug zu umgehen und so einen strategischen Brückenkopf an der Grenze zur sich erweiternden NATO zu behalten. Gleichzeitig haben sich die Beziehungen zwischen Bukarest und Chişinău weiter verschlechtert. Für eine Veränderung der rumänisch-moldauischen Beziehungen sorgt auch die sich abzeichnende Aussicht Rumäniens auf einen NATO-Beitritt.

Die Ergebnisse einer im April 2002 veröffentlichten Meinungsumfrage weisen deutlich darauf hin, daß die meisten Moldauer den Frage der nationalen Identität, Geschichte oder außenpolitischen Orientierung ziemlich gleichgültig gegenüberstehen. Für die Mehrheit der Bevölkerung stehen die Fragen des Alltages im Vordergrund. Hätten die von der Opposition geforderten vorgezogenen Wahlen stattgefunden, hätten sie sogar einen Zugewinn an Stimmen für die regierende PCRM und Präsidenten Woronin gebracht.<sup>96</sup> Dies zeigt sehr deutlich, daß die Opposition bisher nicht in der Lage war, eine glaubwürdigere Perspektive zu bieten.

Nachdem es durch die Vermittlung des Europarates zu einem Ende des aktuellen Konfliktes gekommen ist, deuten einige Entwicklungen auf eine Umorientierung der Parteien und der außenpolitischen Ziele hin.

So gab es beim Kongress der PCRM Ende April 2002 zum Erstaunen vieler das erste Mal kritische Stimmen. Präsident Woronin, gleichzeitig Vorsitzender der Partei, kritisierte "Starrheit, Konservatismus und Hochmut" der PCRM wäh-

---

<sup>96</sup> Institutul de Politici Publice: Barometrul de Opinie Publică – aprilie 2002 [Meinungsbarometer April 2002], <<http://www.ipp.md/publications/opinie/>>, 01.05.02; Ciobanu, Vitalie: Aprilie 2002: despărţirea de iluzii [April 2002: Der Abschied von Illusionen]. In: *Revista* 22, 14-20.05.2002.

rend der Proteste und kündigte Reformen an, die in Richtung einer "Sozialdemokratisierung" der Partei weisen könnten.<sup>97</sup>

Die Proteste dieses Winters könnten zu einem Kristallisationspunkt für die moldauische Parteienkonfiguration werden. Vor allem auf der rechten Seite des Parteienspektrums, die als chronisch zerstritten gilt, kündigen sich Änderungen an. Durch den Zusammenschluss von mehreren pro-rumänisch, pro-europäisch eingestellten Gruppen<sup>98</sup> zur "Liberalen Partei" könnte ein Schritt in Richtung der Stabilisierung dieser Seite des politischen Spektrums vollzogen werden.<sup>99</sup> Ob die während der Proteste zusammengeschmiedete politische Allianz auch langfristig belastbar ist, muß sich aber erst beweisen. Die Wählerbasis der Kommunisten rekrutiert sich vor allem aus Verlierern der Transformation, Rentnern, Angehörigen von Minderheiten und der Landbevölkerung. Probleme und Befürchtungen dieser Gruppen werden von der Opposition – die sich vor allem an die junge, rumänischsprachige Bevölkerung richtet – kaum angesprochen. Ihr Erfolg oder Mißerfolg hängt entscheidend davon ab, wie stark sie über diese Grenzen hinaus Wähler erreichen kann. Ohne eindeutige Abgrenzung der Opposition von extrem-nationalistischen Kräften ist die Gefahr groß, daß damit – nach einigen Jahren der Ruhe – die ethnische Polarisierung wieder zunimmt.<sup>100</sup> Die nationalistische Aufladung der politischen Konflikte ist sicherlich nicht das, was die verarmte Republik jetzt braucht.

Angesichts der eher enttäuschenden Ergebnisse einer Hinwendung zu Rußland, lassen sich – bisher allerdings zaghafte – Versuche kommunistischer Politiker beobachten, die Außenpolitik des Landes wieder auf einen Westkurs zu bringen. Neben rhetorischen Bemühungen sind das erste Mal konkrete Vorschläge von Chişinău zu hören, wie zum Beispiel eine assoziierte Mitgliedschaft in der EU erreicht werden könnte.<sup>101</sup> Auch die Anfang Mai 2002 veröffentlichte neue offizielle Konzeption der moldauischen Außenpolitik unterscheidet sich grundlegend von dem Entwurf, der im Herbst 2001 vom außenpolitischen Chefberater des Präsidenten, Victor Doraş ausgearbeitet wurde und für eine einseitige Orientierung des Landes zu Rußland und die GUS hin plädierte.<sup>102</sup> Die neuen Richtlinien betonen die strategische Partnerschaft zwischen der Moldau und der

---

<sup>97</sup> Präsident Woronin ruft zur Reform der Partei der Kommunisten Moldovas auf. In: *INFOTAG, Deutsche Welle* (russ.), 10.05.2002.

<sup>98</sup> Mişcarea Europeană (Europäische Bewegung), Partidul Social-Liberal (Sozialliberale Partei), Uniunea Forţa Moldovei (Allianz "Kraft der Moldau"), Partidul Tărănesc Creştin-Democrat (Christlich-demokratische Bauernpartei), Partidul Naţional Român (Rumänische Nationalpartei), Partidul Ecologist (Ökologische Partei).

<sup>99</sup> Patru partide de dreapta au decis să fuzioneze într-o formaţiune de orientare liberală [Vier Rechts-Parteien haben beschlossen, zu einer Partei mit liberaler Orientierung zu fusionieren]. In: *Moldova Azi*, 19.03.2002; <<http://news.ournet.md/news?ID=18247>>.

<sup>100</sup> Organizații etno-culturale din republica acuza PPCD de susținere a intoleranței etnice și antisemitism [Ethno-kulturelle Organisationen der Republik beschuldigen die PPCD, ethnische Intoleranz und Antisemitismus zu unterstützen]. In: *Moldpress*, 01.04.2002.

<sup>101</sup> Constantinescu (Anm. 75), S. 13.

<sup>102</sup> Die europäische Integration ist das vorrangige Ziel Moldovas. In: *INTERFAX*, zit. nach *Deutsche Welle* (russ.), 03.05.2002.

USA, sowie das zentrale Ziel der europäischen Integration.<sup>103</sup> Möglicherweise kann die vom britischen Außenminister Jack Straw initiierte neue EU-Politik gegenüber den künftigen Nachbarn der EU der Westorientierung der Moldau wichtige Impulse geben.<sup>104</sup>

Die Republik Moldau steht in mehr als einer Hinsicht am Scheideweg. Zwar sind die Versuche der PCRM, das institutionelle Gefüge der Demokratie umzubauen, durch aktiven Widerstand von Teilen der moldauischen Gesellschaft mit Hilfe europäischer Institutionen, zunächst verhindert worden. Allerdings wurde keines der Probleme, die das Land vor einem Jahr belastet haben, gelöst. Vielmehr kann von einem Verschleppen der Konflikte gesprochen werden.

Es scheint, daß die Proteste des Frühjahres 2002 und der Druck europäischer Institutionen bei der Führung der PCRM einen Lernprozeß auslösen haben und damit eine "Belarussisierung" der Moldau verhindern konnten. Der Erfolg der Regierung wird in erster Linie davon abhängen, wie erfolgreich sie das Elend der Bevölkerung bekämpfen kann. Um ihren Erfolg zu sichern, muß sie gleichzeitig – das zeigen die Ereignisse ihres ersten Jahres an der Regierung sehr deutlich – die institutionellen Balancen der Demokratie beachten und den ethnischen Frieden bewahren.

---

<sup>103</sup> Ministerul Afacerilor Externe a Republicii Moldova: Concepția Politicii Externe a Republicii Moldova [Die Konzeption der Außenpolitik der Republik Moldau], <[http://www.ipp.md/calendar/Proiect\\_%20 Conceptie\\_presa.doc](http://www.ipp.md/calendar/Proiect_%20Conceptie_presa.doc)>, 01.05.02.

<sup>104</sup> Dempsey, Judy: Enlarged EU agrees new ties with neighbours – Moldova, Ukraine, Belarus. In: *Financial Times*, 17.04.2002.